

Dossier 3 für Medien und Multiplikatoren

Kann Köln auch anders?

**Der Zustand der politischen Kultur
zwei Jahre nach dem Archiveinsturz**

Überreicht durch:



Text und Dokumentation:
Frank Möller / Dr. Joachim Weiner

Dossier

Kann Köln auch anders?

Der Zustand der politischen Kultur zwei Jahre nach dem Archiveinsturz

„Köln kann auch anders“ (K²A²) dokumentiert im Folgenden eine Diskussion, die am 2. März 2011 unter dem Titel „Kann Köln auch anders? Der Zustand der politischen Kultur zwei Jahre nach dem Archiveinsturz“ im Domforum stattfand und von K²A², dem Katholischen Bildungswerk und der Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis ausgerichtet wurde.

Die zweistündige Debatte war der Versuch einer politischen Zwischenbilanz. Was ist aus dem Archiveinsturz gelernt worden? Wie weit hat sich das Verhältnis zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Rat verändert? Welche Erfahrungen lassen sich aus der Debatte um die Sanierung von Oper und Schauspiel ziehen? Wie ernst ist es der Stadtführung mit ihren Versprechen, mehr Transparenz von Entscheidungen und mehr Bürgerbeteiligung zu gewährleisten?

Zwei Ergebnisse der Diskussion lassen sich vorweg benennen. Zum einen sind hinter den konkreten Einzelfällen, die die Bürger beschäftigen, nach wie vor jene Einstellungen und Verhaltensmuster von Politik und Verwaltung erkennbar, die in den letzten Jahrzehnten das Vertrauen der Bürger in dieselben nachhaltig erschüttert haben:

- die partielle Ignoranz gegenüber den Beschlüssen von Beteiligungsgremien wie „Runden Tischen“ oder von Vertretungsorganen auf Bezirksebene,
- die Überlagerung von Sachentscheidungen durch parteipolitische Interessen,
- die Geheimhaltung von Verträgen mit privatwirtschaftlichen Partnern,
- die falsch verstandene Gleichsetzung öffentlicher mit privaten Interessen.

Die Bemühungen, anhand von Einzelfällen die fragwürdigen politischen Mechanismen und Entscheidungsstrukturen sichtbar zu machen, die den weitgehenden Verlust des Vertrauens der Bürger in Politik und Verwaltung zur Folge haben, bilden eine unabdingbare Voraussetzung dafür, in Köln initiativenübergreifend für eine Veränderung der politischen Kultur zu werben und zu streiten.

Der zweite Punkt, den Jörg Jung als Sprecher der Initiative „Mut zu Kultur“ in seiner Beschreibung der Vorgänge um die mühevollen Durchsetzung der Sanierung von Schauspiel und Oper hervorgehoben hat, durchzog die Diskussion wie ein roter Faden. Er betrifft die regelmäßige Erfahrung engagierter Bürger, dass es in der Stadt informelle Bereiche, politische Grauzonen bzw. eingespielte Netzwerke der etablierten Parteien gibt, deren Tätigkeit nicht nur intransparent ist, sondern den demokratischen Prozess gezielt unterläuft. Wie damit künftig umzugehen ist, wird immer mehr zu einer entscheidenden Frage, der sich die Bürgergesellschaft zu stellen hat.

Der Text der folgenden Dokumentation wurde gegenüber dem gesprochenen Wort der Veranstaltung nur unwesentlich gekürzt und sprachlich geglättet. Uns besonders signifikant erscheinende Passagen wurden unterstrichen.

Frank Möller:

Am 3. März 2011 jährt sich zum zweiten Mal der Einsturz des Kölner Stadtarchivs. Er hat nicht nur zwei Menschenleben gefordert, sondern auch zum größten europäischen Kulturverlust der Nachkriegsgeschichte geführt. Und nicht nur das: Er hat – quasi wie unter einem Brennglas – deutlich gemacht, wohin eine jahrzehntelang in Kauf genommene Verwahrlosung der politischen Kultur in einer Kommune führen und mit welchen Folgekosten an Leben und Kulturgütern sie verbunden sein kann.

Skandale, wie die um den Bau der Müllverbrennungsanlage, die Erweiterung der Kölner Messe ohne ein korrektes Ausschreibungsverfahren und um dubiose Beraterverträge der Kölner Stadtparkasse markieren einige Stationen dieser Verwahrlosung. Namen wie Oppenheim, Josef Esch, Gustav Adolf Schröder, Rolf Bietmann, Lothar Ruschmeier, Hellmut Trienekens, Norbert Rüter, Klaus Heugel – um nur einige zu nennen, – haben es in dem Kontext zu zweifelhafter Prominenz auch über die Stadtgrenzen hinaus geschafft.

„Organisierte Verantwortungslosigkeit“ in der Stadtverwaltung, „Postenbesetzungen nach Parteibüchern statt nach Qualifikation“ in städtischen Eigenbetrieben, Schulleitungen etc. – auch davon war nach dem Einsturz des Stadtarchivs die Rede – und nicht zum ersten Mal. Was allerdings neu war: Es bildete sich nun erstmals eine Bürgerbewegung in Köln heraus, die sich nicht mehr für oder gegen ein Einzelprojekt einsetzte, sondern die auf eine Veränderung der politischen Kultur insgesamt zielte und seitdem zwei zentrale Maßstäbe an die Kölner Politik- und Verwaltungsarbeit anlegt:

- den nach größtmöglicher Transparenz bei Sach-, Personal und Finanzentscheidungen von Rat, Verwaltung und öffentlichen Betrieben der Stadt,
- den nach ernstzunehmender Bürgerbeteiligung bei städtischen Bau- und Infrastrukturprojekten.

Heute zählen derlei Formeln zum selbstverständlichen Vokabular aller im Stadtrat vertretenen Parteien, finden sich auf städtischen Plakaten und in allerlei Pressestatements. Wie ist es aber nun wirklich um die Bereitschaft zu strukturellen Reformen in Köln bestellt, und was lehren die bisherigen Erfahrungen mit Bürgerhaushalt, Leitbilddiskussion und Rundem Tisch? Sind sie Ausdruck eines veränderten Selbstverständnisses von Politik und Verwaltung oder reine Symbolpolitik zur Kanalisierung bürgerschaftlichen Unmuts?

Wir waren der Ansicht, dass diese Fragen nicht an einem Abend allein zu beantworten sind. Wir möchten nach und nach die verschiedenen Politikfelder Kölns auf den Prüfstand stellen und einer Analyse unterziehen. Konfliktfelder und -orte gibt es ja genug, Stichwort: Helios-Gelände, Godorfer Hafen, FH-Umzug, Sanierung Schauspiel & Oper, Archäologische Zone etc.

Zur Veranstaltung selbst: Uns geht es nicht, um eine allgemeine Rats- und Verwaltungsschelte. Die wäre schon deshalb unsinnig, weil die Menschen, die dort arbeiten oder uns vertreten, kaum sonderlich besser oder schlechter sein dürften als diejenigen, die woanders ihrer Arbeit nachgehen oder sich in Initiativen engagieren. Uns geht es aber sehr wohl darum, aufzuzeigen, welche Strukturen zu Fehlern in Abläufen führen und damit die Möglichkeit verstellen, zu guten Lösungen für Köln zu kommen. Und dazu – auch das wird kennzeichnend für die künftigen Veranstaltungen sein – werden wir uns immer auch Rat von außen holen. Der fremde Blick auf die eigene Stadt, ihre Politik und Verwaltung wird hilfreich sein. Und Erfahrungen aus anderen Kommunen können unsere Arbeit hier nur befruchten.

Zu unserem Podium:

- **Dr. Dr. Markus Thiel**

kommt von der Universität Düsseldorf, nimmt derzeit als Privatdozent eine Vertretung in Köln wahr. Markus Thiel vereint – und das ist ein selten glücklicher Fall – die Kompetenz eines Politologen mit der eines Verwaltungsjuristen.

- **Jochen Bäumel**

ist Vorstandsmitglied von Transparency International Deutschland, kommt aus Berlin, hat dort u. a. die Diskussionen um die Offenlegung der Berliner Wasserverträge aus nächster Nähe verfolgen können. Köln ist ihm nicht unbekannt. Er hat rund 30 Jahre hier gelebt und war Mitarbeiter des WDR.

- **Guido Kahlen**

ist seit Juni 2006 Stadtdirektor der Stadt Köln und vom Rat der Stadt für acht Jahre in dieses Amt gewählt. Er leitet das Dezernat I - Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Recht, ist Mitglied der SPD und hat auch für einige Jahre Verwaltungserfahrung bei der Stadt Bonn sammeln können.

- **Jörg Jung**

ist Sprecher der Initiative „Mut zu Kultur“, die sich über das Instrument eines Bürgerbegehrens nach § 26 der Gemeindeordnung NRW für die Sanierung des Wilhelm Riphahn-Ensembles aus Schauspielhaus, Oper und Opernterrasse eingesetzt hat und damit erfolgreich war. Jörg Jung hat als Teilnehmer des „Runden Tisches“ bei der Frage nach der konkreten Ausgestaltung der Sanierung eine Fülle von Erfahrungen mit Verwaltung und Politik der Stadt Köln sammeln können.

Einleitend nun zunächst einige Anmerkungen zu dem Begriff, den Sie im Untertitel der Veranstaltung finden: *„Politischen Kultur“*. Das ist ein Schlüsselbegriff unserer heutigen Veranstaltung. Deshalb lohnt es sich auch, zunächst einmal zu fragen, was genau man darunter eigentlich fassen kann.

Joachim Weiner:

Politische Kultur ist ein sehr weit gefasster Begriff, wir können ihn aber etwas enger. Politische Kultur umfasst zunächst einmal eine bestimmte *Kommunikationskultur*, eine Kommunikationskultur zwischen den Parteien, zwischen Bürgern und Rat, zwischen Bürger und Politik, die Art und Weise, wie man miteinander umgeht, auch wie man miteinander diskutiert. Und – das Entscheidende, und da kommen wir schon auf den Begriff der Transparenz: Wie wird der Bürger von der Politik, vom Rat und der Verwaltung informiert. Der Bürger hat einen strukturellen Informationsnachteil. Und es gehört zur Bringschuld von Politik und Kommune, diesen Nachteil auszugleichen. Mit dem Internet haben wir ein Medium, mit dem das kostengünstig möglich ist, und da wird die Frage sein, reicht das, was die Stadt bislang anbietet, um den Bürger in die Situation zu versetzen, kompetent über die wesentlichen Sachverhalte mitzureden.

Der zweite Begriff ist der derjenige der *Konfliktkultur*. Es geht also um die Frage, wenn Konflikte auftreten, wie die miteinander ausgetragen werden. Wird hier nur auf Kampf gesetzt? Wir hatten ja z. B. in der Auseinandersetzung um das Schauspielhaus einige sehr unangenehme Zwischenphasen, in denen die Initiative „Mut zu Kultur“ übel beschimpft wurde, sie hätte mit falschen Zahlen operiert und bewusst getäuscht, was sich als nicht haltbar herausgestellt hat, aber etwas über den Stil der

Auseinandersetzung, eben über die Auffassung von Konfliktkultur durch einen Teil der Politik aussagt.

Der dritte Begriff ist derjenige der *Institutionenkultur*. Er betrifft das Ethos und das Selbstverständnis der städtischen Institutionen und Einrichtungen. Wie sehen sich die Institutionen selbst im Verhältnis zum Bürger? Welches Verständnis haben sie davon? Nach der Verwaltungsreform haben wir alle gehört, die Verwaltungen würden jetzt „bürgerfreundlich“. Dann war von „Kundenorientierung“ die Rede, das klang schon etwas geschäftsmäßiger. Die Frage ist, ob das eingelöst wird oder ob nicht nach wie vor eine bestimmte Form obrigkeitstaatlichen Denkens und eine Form – nicht unbedingt bewusst – von Bürgerverachtung immer mit dabei ist.

Und der letzte Punkt, der anzusprechen ist und der gerade in Köln von Bedeutung ist, das ist die *Entscheidungskultur*. Wie werden in der Stadt Entscheidungen gefällt? Wie werden Entscheidungsprozesse herbeigeführt und wie werden Entscheidungen letztlich kommuniziert. Da hat Köln sicherlich ein Defizit ersten Ranges.

Seitens Stadtverwaltung und Politik wurde also nach dem Einsturz des Stadtarchivs vor zwei Jahren gesagt: Wir haben aus dem Desaster etwas gelernt. Aus Bürgersicht müssen wir aber leider feststellen, dass – gerade in den letzten Wochen – eine Reihe von schwerwiegenden Fehlern auftreten. Dabei ist mir aufgefallen, und damit möchte ich die Diskussion auf dem Podium auch eröffnen, irgendwie ist keiner verantwortlich. Man hat einen Haufen Entschuldigungen für alle möglichen Vorgänge: Beim Winterdienst hat der zuständige Mann eben nicht den richtigen Wetterdienst gehört. Bei den 40 Mio. des Mülheim-Projekts gab es nicht genügend Personal, die richtigen Anträge zu stellen, um an das Geld zu kommen. 20.000 Euro Archäologische Zone – ist irgendwie auch schief gegangen. Aber es ist nie einer wirklich schuld, sondern es wird hingenommen. OB Roters kritisiert da sogar hin und wieder seine eigene Verwaltung. Aber reicht das aus, um das verloren gegangene Vertrauen der Bürger in Verwaltung und Politik zurück zu gewinnen? Herr Kahlen, wie will die Stadt das machen?

Guido Kahlen:

Die Stadt hat aus dem 3. März 2009 und den vorlaufenden Skandalen, die Sie angesprochen haben, gelernt. Wir haben gemerkt, dass das notwendige Grundvertrauen in die Führung der Stadt auf einem absoluten Tiefpunkt war. Das ‚kösche Grundgesetz‘ – ‚Et hätt noch immer joot jejeange‘, ‚Wat fott es es fott‘ – dieses Grundgesetz gilt nicht mehr. Am 3. März war das Grundvertrauen weg und eines ist deutlich geworden: Es geht nicht mehr, dass man einfach sagt, ‚Wir haben Verantwortung delegiert‘, ‚Wir haben Verträge, da ist Verantwortung übertragen worden‘, ‚Man hat keine eigene Verantwortung mehr‘. Ich glaube, das ist der wichtigste Lernsatz, dass wir als Stadt wieder mehr Verantwortung übernehmen müssen, auch für die städtischen Töchter.

Ein Beispiel für diesen Wandel: die nachträgliche Rechtsprechung zur Messe. Die Entscheidung der EU-Kommission bei der Sparkasse. Ich glaube, dass wir diese Form von Entscheidungen in frühen Jahren heute schmerzhaft revidieren müssen. Wir haben im Verwaltungsrat der Stadtparkasse jetzt externes fachkundiges Personal. Wir haben mittlerweile auch bei der KVB ein anderes Bauüberwachungssystem. Die KVB hat kein eigenes Personal mehr in der Bauüberwachung. Wir haben einen neuen Technischen Vorstand, der jetzt für diese Projekte verantwortlich ist. Und ich kann Ihnen berichten, dass der OB augenblicklich den Plan entwickelt, nach dem die dritte Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn wieder verantwortlich von der Stadt übernommen werden soll. D. h. nach dem Modell, wie seit 1968 U-Bahn-Bauten geplant

und gebaut worden sind. Ich will an diesen drei Beispielen deutlich machen, dass wir ein verändertes Rollenverständnis haben. Wir wissen: Verantwortung ist nicht delegierbar. Wir als Stadt sind im Rahmen der Daseinsvorsorge verantwortlich dafür, dass Daseinsvorsorge funktioniert.

Wir haben auch im Bereich der Korruptionsprävention innerhalb der Verwaltung, in der Kernverwaltung aufgrund der Skandale eigene Richtlinien entwickelt. Sie wissen, dass durch die Skandale 1999 und in der Folge, dass da Verurteilungen passiert sind. Aber ich glaube, dass durch die Richtlinien, die der Rat uns gegeben hat und denen wir uns in der Verwaltung unterworfen haben, dass wir nicht mehr in annähernder Weise Probleme produziert haben. Ich glaube, dass die Anti-Korruptions-Prävention mittlerweile auf einem vorzeigbaren Level ist. Wir haben bei der Landesprüfungsanstalt für den Bereich Korruptionsprävention und Vergaben im Benchmark für NRW 98 Prozentpunkte von erreichbaren 100 Prozent. Der Rat hat sich selbst einen Ehrenkodex gegeben, einen Leitfaden.

Joachim Weiner:

Herr Thiel, reicht es aus, wenn man eine solche Kette von Skandalen hinter sich hat, jetzt immer an den Punkten, wo man quasi gezwungen worden ist, etwas zu ändern, Neujustierungen vorzunehmen oder muss man da nicht grundsätzlicher ansetzen?

Markus Thiel:

Ich meine, dass mit dem beschriebenen Vertrauensverlust noch etwas anderes einhergeht, nämlich dass sich Bürger, die sich von der Verwaltung nicht informiert, nicht ernst genommen fühlen, sich auch aus der Beteiligung an den Angelegenheiten der Stadt zurück ziehen. Das Ehrenamt, auf das wir zwingend angewiesen sind in den Kommunen, wird immer unattraktiver. „Wutbürger“, haben wir gehört, ist das Wort des Jahres 2010. Und all diese negativ empfundenen Ereignisse führen dann dazu, dass Bürger eigentlich nur noch dann auftreten und dann vehement, wenn es um Dinge geht, die sie persönlich betreffen und sich ansonsten für vieles andere gar nicht mehr interessieren. Ich meine, da wäre es Aufgabe der Kommune, dieses Ehrenamt und das Interesse der Bürger zu aktivieren, also nicht nur die Schwierigkeiten, die sich aus den Sachentscheidungen ergeben, zu lösen, sondern auch die Mitwirkung der Bürger auf der örtlichen Ebene zu fördern und zu fordern.

Joachim Weiner:

Herr Bäumel, was muss diese Stadt an Transparenz noch herstellen, um deutlich zu machen, dass nicht nur der gute Wille da ist, sondern dass tatsächlich mehr Transparenz geschaffen wird. Wir wissen ja: Behaupten kann man das immer sehr leicht, es bedarf aber auch der Verkörperung und nicht nur der Absichtserklärung.

Jochen Bäumel:

Es ist natürlich schwierig, wenn Sie sagen, es muss verkörpert werden. Herr Kahlen hat gesagt, er habe nach dem 3. März 2009 eine ganze Reihe von Änderungen vorgenommen. Wenn das der Fall ist, hat er den richtigen Weg eingeschlagen. Wenn es Richtlinien der Korruptionsprävention gibt, dann müssen die offiziell zugänglich sein, die muss man im Internet sofort finden können. Dann muss man fragen: Gibt es einen Anti-Korruptions-Beauftragten in der Verwaltung? Welche Möglichkeiten hat er? Gibt es unabhängige Prüfkommisionen, unabhängige Prüfeinrichtungen, die nicht nur überprüfen, ob 1 + 1 richtig zusammengezählt worden ist, sondern die dann auch auf die Straße gehen und kontrollieren, ob in der Tat zwanzig Verbesserungen wie angegeben vorgenommen worden sind oder nur fünf und ob ‚zwanzig‘ nur ein-

fach irgendwo hingeschrieben worden ist. D. h., man muss tatsächlich feststellen können, dass es eine solche Prüfeinrichtung auch gibt.

Nächste Frage: Gibt es einen Ombudsmann hier in Köln oder ein Hinweisgebersystem, wo Bürger und wo Angestellte aus der Behörde anonym zunächst mal Hinweise an einen solchen Ombudsmann geben können? Das muss ein Rechtsanwalt sein, der muss außerhalb der Behörde stehen. Oder haben Sie ein elektronisches Hinweisgebersystem, wo man über das Internet kommunizieren kann und Hinweise geben kann. Wenn es das noch nicht gibt und wenn Sie das einführen, wäre das schon ein deutlicher Hinweis, dass Sie auf die Bürger zugehen, dass Sie erfahren wollen, wo die Bürger der Schuh drückt. In Berlin gibt es die Erfahrung nur in ein paar Bezirken. Da sträubt man sich auch, das im großen Stil zu machen. In diesen Bezirken gehen viele sachdienliche Hinweise ein, nicht nur die Korruption betreffend, sie sind ein Fingerzeig dafür, was in der Bevölkerung los ist. Haben Sie so was? Wie gehen Sie vor, wenn Sie z. B. Vergaben machen? Wir haben bei Großprojekten ein besonderes Instrument vorgechlagen, das ist der Integritätspakt [dazu: http://www.transparency.de/Integritaets_pakt.80.0.html] Dieser Integritätspakt wird geschlossen zwischen der Stadt, also dem Auftragsgeber, und denjenigen, die dann durch die Vergabe zum Zug kommen. Die müssen sich vertraglich verpflichten, ganz bestimmte Maßstäbe einzuhalten. Auch Unterfirmen sind davon betroffen. Und es ist die Frage: Haben Sie so etwas? In Berlin ist es ausprobiert worden beim Bau des Flughafens (Airport BBI International). Da war es so, dass die Ausschreibung so katastrophal gewesen war, dass die wieder eingestampft werden musste. Der neue Senat hat das dann wohl kapiert und hat diesen Integritätspakt mit unserer Hilfe geschlossen. Bisher sehr erfolgreich. Mittlerweile gibt es den in einigen weiteren Städten auch noch, in Bremen und in Hannover. Wir haben gute Erfahrungen damit gemacht. Das wäre ein Zeichen, das Sie setzen könnten, mit dem Sie Vertrauen bekommen könnten.

Guido Kahlen:

Die Maßnahmen, die Sie am Anfang angesprochen haben, die haben wir: Antikorruptionsbeauftragter [siehe: <http://www.stadt-koeln.de/1/verwaltung/antikorruption/>], Richtlinie für die Annahme von Geschenken. Dann ganz wichtig: Wir haben ein zentrales Vergabeamt. Und dieses zentrale Vergabeamt ist im Ergebnis verantwortlich, dass vernünftige Leistungsverzeichnisse unter Wettbewerb gestellt werden, dass Nachverhandlungen möglichst ausgeschlossen werden. Und wenn Nachverhandlungen dennoch notwendig sind, werden die vom zentralen Vergabeamt geführt und nicht von dem jeweiligen Fachamt, das Bauherr einer Maßnahme ist. Das Rechnungsprüfungsamt ist gestärkt worden, auch mit mobilen Prüfungstruppen. Wir haben Sponsorenrichtlinien. Wir haben nicht den Integritätspakt, den Sie angesprochen haben. Allerdings haben die Stadtwerke einen Ombudsmann, einen Rechtsanwalt, wie Sie gesagt haben, der diese Funktion übernimmt. Bezogen auf die Stadt kann ich sagen, wir haben in der Vergangenheit immer synchron gehabt, entweder anonyme Anzeigen bei uns intern, die aber gleichzeitig bei der Staatsanwaltschaft waren. Insofern haben wir in dieser Frage eine Ansprechbarkeit für anonyme Anzeigen, haben eine Praxis, wo wir gesagt haben, wir brauchen diesen Ombudsmann nicht. Wir haben den Anti-Korruptions-Beauftragten, der auch mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeitet. Er ist auch ausgegliedert, er ist im Rechnungsprüfungsamt. Zum Integritätspakt: Wir haben nachträglich bei der KVB für die Nord-Süd-Stadtbahn ein sog. Pflichtenheft verabredet. Wir standen ja vor der Frage: Kündigen wir außerordentlich wegen des Desasters? Oder sagen wir, weil das sonst zu zweijährigen Bauunterbrechungen geführt hätte, wir erwarten eine erhöhte Pflichtenleistung der ARGE. Und dazu gehört auch ein Auditierungssystem, nach dem gearbeitet wird.

Frank Möller:

Herr Jung, Sie haben die Aufzählung der Einzelpunkte von Herrn Kahlen gehört, mit deren Hilfe versucht werden soll, Vertrauen wieder herzustellen. Sie selbst haben konkrete Erfahrungen mit der Stadt als Sprecher von „Mut zu Kultur“ bei der Auseinandersetzung um Schauspielhaus/Oper gemacht. Ich weiß von anderen Veranstaltungen, wenn Sie darauf angesprochen wurden, haben Sie die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung gelobt. Andererseits frage ich mich, wenn das alles auf der Ebene so gut läuft, dann scheint es ja irgendwo so etwas wie eine Grauzone zu geben, wo es nicht gut läuft. Beispielsweise wurde behauptet, die Bürgerinitiative habe manipulierte Zahlen zu den Sanierungskosten vorgelegt. Oder wenn man eine Woche zurückschaut und an das Mobbing denkt, das mit Karin Baier, eine der erfolgreichsten Theaterintendantinnen, die Köln je gehabt hat, veranstaltet wurde. All das lässt sich mit dem positiven Gesamteindruck überhaupt nicht verbinden, den Sie von der Zusammenarbeit mit der Stadt vermitteln. Wo liegen da die Brüche?

Jörg Jung:

Zunächst vorab: Der gestrige Beschluss des Kölner Rats zur Sanierung von Schauspielhaus und Oper war ein großer Erfolg, weil damit die Ziele der Bürgerschaft in allen Bestandteilen vom Rat verabschiedet worden sind. Das war historisch: ein besseres Theater für weniger Geld als der Neubau gekostet hätte, bei Erhalt des Baudenkmals. Das ist definitiv durchgesetzt worden.

Warum jubeln wir nicht nur darüber? Sie haben genau die richtigen Punkte erwähnt, an denen man sieht, dass wir hier lange über juristische Dinge im Verwaltungskontext reden können, aber es gibt Grauzonen, die ganz anders definiert sind, und das ist der politische Raum, der nach einer ganz anderen Ordnung und Gesetzlichkeit funktioniert und in die man sich erstmal hineindenken muss. Dabei geht es um Personen. Dabei geht es um einzelne Individuen, mit denen Sie zusammenarbeiten müssen, die in Verhältnissen zueinander stehen und die in diesen Verhältnissen miteinander konkurrieren und kämpfen. Und dann hilft Ihnen keine Struktur mehr, um zu erkennen, so laufen Prozesse ab, sondern Sie müssen sich die Arbeit machen, sich wirklich einzulassen auf diese individuellen Prozesse, um sie zu verstehen und um dann mit fast ähnlichen Mitteln zu agieren, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Das gestrige Ergebnis war auch für uns eine diplomatische Meisterleistung, die hinter verschlossenen Türen in grauen Zonen entwickelt wurde. Das auch zum Thema Transparenz: Da gehen auch Bürgerinitiativen plötzlich den Weg, nicht alles transparent zu machen, weil sie dann nämlich diese Kommunikation gar nicht steuern können.

Sie haben ein konkretes Beispiel genannt, die Frage der Zahlen für die Sanierung. Wir waren eigentlich im letzten Jahr schon mit der Ratsentscheidung durch gewesen, der Rat war dem Bürgerbegehren gefolgt, man wollte eine sinnvolle Sanierung machen, man wusste, die Sanierung wird billiger als ein Neubau, es wurden noch Prüfaufträge gemacht. Und es war die Zielsetzung, nach den Sommerferien in der ersten Ratssitzung einen entsprechenden Ratsbeschluss zur Umsetzung der Sanierung mit allen Bestandteilen durchzusetzen. Und dieser Ratsbeschluss ist nun erst gestern definitiv umgesetzt worden, der andere Teil im Oktober nur zum Teil. Warum nur zum Teil? Das war ein rein politisches Manöver einer Seite, und ich benenne hier ganz konkret die Sozialdemokratie. Es lief so ab, dass in den Sommerferien plötzlich das Gerücht aufkam, die Zahlen würden nicht stimmen und die Sanierung wäre teurer. Der OB warf uns sogar Betrug vor. Er hat sich dafür übrigens bis heute nicht entschuldigt. Das steht noch aus. Heute wissen wir alle, dass wir rund 40 Mio. billi-

ger sind mit der Sanierung gegenüber dem Neubau. Das Manöver hatte auch einen ganz bestimmten, benennbaren Grund. Es ging damals darum, die Ratssitzung im September abzuwehren und sie in den Oktober zu schieben, weil zwischen den Ratssitzungen von September und Oktober noch der Haushaltsausschuss tagen würde und bestimmte Zielsetzungen und Marken über die Mittelvergabe durchsetzen konnte. Damit war ein Instrument vorhanden, in den Sanierungsprozess Sand zu streuen und noch ein eigenes politisches Profil durchzusetzen, das der SPD. Das besagte – vereinfacht formuliert: ‚Nun passt mal auf, wenn ihr uns hier den Spaß des Neubaus verderbt und sagt, ihr könnt 100 Mio. sparen, dann wird das jetzt aber auch gemacht und ab jetzt wird nur noch auf Sparen geguckt.‘ Und alle folgenden Debatten sind dann dieser Strategie gefolgt. Dann sieht das im Ablauf z. B. so aus: Ich rufe im Büro des OB an und frage, wie diese falschen Zahlen zustande kommen. Dann sagt man mir: ‚Ja, das weiß ich auch nicht. Das tut mir fürchterlich leid. Das ist irgendwie komisch, und die Presse versteht das alles nicht richtig.‘ Interessanterweise dient es aber einem Prozess, der im Interesse dieses Büros steht, nämlich diese Haushaltsberatungen abzuwarten, dann dort einen Kostenvorbehalt ‚reinzudrücken, der wiederum im weiteren Verlauf dazu führt, dass der Planungsprozess verzögert wird und dass eine Partei sich damit profilieren kann, zu sagen, ‚Leute, es wird auf etwas verzichtet‘. Die SPD wollte nach außen als politisches Statement deutlich sagen, ‚hier wird jetzt gespart, hier wird nicht mehr Kultur gefördert als große Bonzenkultur‘. Das ging soweit, dass Bezirksbürgermeister instrumentalisiert wurden, Sozialverbände noch in der vorletzten Woche instrumentalisiert wurden, einen künstlichen Konflikt zwischen Kultur und sozialen Interessen hochzuziehen. All das folgt einer politischen Strategie, die sagt: ‚Das kriegt ihr nicht, an dieser Stelle gewinnen wir!‘

„Mut zu Kultur“ hat dagegen von Anfang an gesagt, wir wollen keine Gewinner und Verlierer, weil die Stadt nur gemeinsam gewinnen oder verlieren kann. Aber Sie kommen in diesen Kampf der Eitelkeiten. Und in diesem Kampf der Eitelkeiten gibt es bestimmte Alpha-Tiere, die diese Prozesse steuern können. Und sie machen das gut und sehr geschickt. Und Sie fassen sich manchmal an den Kopf und sagen zu sich selbst: ‚Das kann doch jetzt gar nicht sein. Wir haben doch eine rationale Entscheidung.‘ Dann argumentieren Sie, dass das mit den Zahlen nicht stimmt und verlangen, dass der OB das klarstellen soll, damit wieder alle im selben Boot mitfahren können. Dann bekomme ich zur hören: ‚Na ja, nur Freunde können wir ja nicht sein, das erwartet schon die Presse, zehn Prozent Streit müssen wir haben.‘ Das ist ein Teil des politischen Spiels. Aber diese Art des Spiels wollen wir ja gar nicht spielen, wir wollen vielmehr ein rationales Ergebnis am Ende haben.

Es ist dann unheimlich schwer, die Prozesse noch zu steuern. In diesem Fall ist es gelungen. Die SPD hat gestern schließlich noch einen sehr vernünftigen Vorschlag im Rat gemacht. Die SPD hat sich selbst nicht verraten müssen. Dann sind Sie automatisch auch auf der Ebene, dass die Koalition aus SPD und Grünen es schafft, unbeschädigt aus der Entscheidung hervorzugehen. Und schließlich sind Sie bei konkreten Personen: Wir mussten Martin Börschel überzeugen, dass es nicht sinnvoll ist, auf eine Werkstattbühne am Offenbachplatz zu verzichten, dass dies die Entwicklungschancen des Theaters für immer zerstören würde. Das hat er aber verstanden. Und er hat es auch verstanden, weil wir vorgerechnet haben, was die Folgen sind. Was aber erschreckend ist – und das ist ja eben auch das, was uns hier in dieser Runde interessiert – wir haben ein Gremium des „Runden Tisches“, wir haben ein Gremium des Unterausschusses, und beide Gremien wurden nie in ihren Äußerungen und Mahnungen gehört. Der „Runde Tisch“ hat von Anfang an in allen Bestandteilen – jeder der dort saß, alle Dezernenten, alle Beteiligten – immer nur eine Form der Sanierung gefordert, das ist die sog. V 6.0, die gestern verabschiedet wurde. Auch

der Unterausschuss hat nie etwas anderes als diese eine Variante gefordert. Warum greift das nicht direkt, wenn die Beratungsgremien, die von der Stadt dafür ausgewählt wurden, das in die Diskussionen einfließen lassen, was dann in den Fraktionen zu den entsprechenden Ergebnissen führen müsste?

Nein, da gibt es dann andere Interessen. Und dann sind es letztlich ein paar Personen, die diese Prozesse anders steuern. Und jetzt nenne ich mal einen Namen, den hier kaum jemand kennt, der aber für diese Stadt außerordentlich wichtig ist. Das ist der Leiter des Oberbürgermeister-Büros und der persönliche Referent des OB: Ralf Huttanus. Diesen Mann müssen Sie kennen, weil dieser Mann sehr viele Prozesse in dieser Stadt steuert. Er macht das sehr geschickt, das ist auch seine Aufgabe, aber er könnte es transparenter machen, er könnte dabei sichtbarer sein. Bestimmte Probleme, die wir mit dem Oberbürgermeister haben, dass er z. B. mal eine Sache sagt und sie anschließend wieder revidiert, hat damit zu tun, dass sie vorab nicht in der richtigen Weise abgestimmt wurde. Und dann kommt es darauf an, dass die Meinung dieser Person, Ralf Huttanus, in der Konstellation des OB der Meinung Martin Börschels (Fraktionsvorsitzender der SPD) entspricht und dann noch idealer Weise der Meinung Barbara Moritz' (Fraktionsvorsitzende Grüne). Und wenn das nicht klappt, dann haben Sie große Probleme und hängen zwischen den drei Personen. Sie kommen dann ganz automatisch in ein sehr intransparentes System, und berechtigter Weise hat sich der Unterausschuss am Montag massiv darüber beschwert, dass alle Beratungsleistungen dieses Unterausschusses im Kontext Schauspielhaus/Oper völlig irrelevant gewesen sind. Gleiches gilt für den „Runden Tisch“. Also: Die politische Kultur dieses Diskurses befindet sich noch in einem Anfangsstadium, da müssen wir noch viel tun.

Joachim Weiner:

Es gibt natürlich noch ein anderes Problem, wenn wir über Transparenz sprechen. Wir haben in der Stadt Verträge mit Partnern, die geheim sind, über die wir nichts wissen. Zum Beispiel alle PPP-Projekte (Public Private Partnership, auch: Öffentlich-Private Partnerschaft), die wir mit Schulträgern machen, sind letztlich in der Vertragsgestaltung für uns als Bürger nicht einsehbar. Wir müssen also darauf vertrauen, dass derjenige, der diese Verträge für die Stadt ausgehandelt hat, im Sinne der Stadt gehandelt hat. Nun haben wir aber gerade in Berlin das Beispiel mit den Wasserbetrieben gehabt – Herr Bäumel kann dazu gleich sicher noch etwas sagen. Da hat sich herausgestellt, dass die Vertreter Berlins durchaus nicht im Sinne der Bürger abgeschlossen haben. Und es hat lange gedauert, bis das überhaupt aufgedeckt werden konnte. Die bisherigen Erfahrungen mit PPP-Projekten allgemein sind sehr unterschiedlich. Es gibt eine Reihe von Studien, die besagen, derart konstruierte Projekte sind immer teurer, als wenn die Stadt die Leistungen selbst erbringen würde. Es gibt aber auch einige wenige Beispiele, wo nachweisbar ist, dass PPP-Projekte günstiger waren.

Eine zweite Frage ist, wie weit ist das Verwaltungshandeln für uns transparent. Wenn man sich z. B. die Arbeit der Gebäudewirtschaft anschaut, der unsere nächste Veranstaltung gilt, dann ist es nur äußerst schwer möglich, durch Internet-Recherchen überhaupt ein Bild von deren Arbeit zu bekommen. Ist es nicht auch Aufgabe einer Stadt, Informationen so zu veröffentlichen, dass ein halbwegs gebildeter Bürger sie finden und verstehen kann? Herr Kahlen, was plant die Stadt an Verbesserungen in diesem Bereich?

Guido Kahlen:

Ich stimme Ihnen völlig zu: Da hatten wir massiven Nachholbedarf. Ich glaube aber, dass wir heute sagen können, Sie bekommen alle Verwaltungsvorlagen aus öffentlichen Sitzungen, bezogen auf Hauptausschusssitzungen, Bezirksvertretungssitzungen. Wir haben auch inzwischen eine bessere Suchmaschine. Wir haben dafür verdammt lange gebraucht, da waren andere Städte viel schneller, viel besser. Aber heute sind Sie mit vier Klicks in der Vorlage. Ein Beispiel: der Kalkberg. Der Kalkberg (in Köln-Buchforst soll eine Betriebsstation für den Rettungshubschrauber gebaut werden) ist eine über zwanzigseitige Vorlage mit zig Anlagen. Die stehen alle im Internet.

Lassen Sie mich noch eines kurz zu den PPP-Projekten sagen. Ich will nicht ausschließen, dass PPP-Verträge heute nicht allgemein zugänglich sind. Ich will aber noch mal prüfen, wie das mit dem Informationsfreiheitsgesetz ist, weil das abgeschlossene Verträge sind. Aber eines ist klar, wir hatten mal eine Phase, da wollten wir fünf Lose mit PPP machen. Und ich räume auch ein, dass Schulen gesagt haben, bitte lasst uns in einem PPP-Modell die Schule betreiben. Das war im Ergebnis eine Fundamentalkritik an der städtischen Gebäudewirtschaft. Dieses Bild ist heute nicht mehr so klar, inzwischen gibt es auch deutliche Kritikpunkte am PPP-Modell. Es gibt im Augenblick keine Bereitschaft, ein weiteres PPP-Modell aufzulegen. Es ist ganz schwer, alle vertraglichen Regelungen für die nächsten 25 Jahre zu machen (wie bei den meisten PPP-Projekten vorgesehen). Aber eines haben wir gelernt, auch durch Opernhaus und Schauspiel: Wir wissen heute, dass wir bei der Instandhaltung der Bausubstanz, also bei der Infrastruktur unserer Dienstleistung deutlichen Nachholbedarf haben. Und der Rat hat am 7.10. beschlossen, wenn wir unerwartete Mehreinnahmen haben sollten, dann dürfen die nur ausnahmsweise für neue Aufgaben verwandt werden, aber in erster Linie für den Abbau von Schulden und für Bausubstanzerhaltung. D. h. wir haben PPP gemacht, weil wir die Bausubstanzerhaltung leider nicht gemacht haben. Bestes Beispiel ist jetzt Oper und Schauspiel. Wir werden im Ergebnis jetzt bestraft für 50 Jahre lang falsch verstandene Bausubstanzerhaltung. Wir haben die Gebäudeunterhaltung als Sparkasse gesehen. Das müssen wir ändern, das heißt auch: Bindung von Finanzmitteln. Und das ist auch der Grund, Herr Jung, weshalb wir im Ringen um die beste Lösung teilweise auch intransparent waren. Es geht um die Leistungsfähigkeit unserer Stadt bei einem gestiegenen Aufgabenberg. Denken Sie an die gestiegenen Anforderungen im Bereich Bildung. Stichwort: Ganztagschulen. Wir sind in der Leistungsfähigkeit für unsere Bürgerschaft an unseren Grenzen. Wir hatten einen Überziehungskredit von 615 Mio. Der ist aufgebraucht. Wir leben jetzt vom Vermögen. Das ist unser Problem. Das ist das Problem des Oberbürgermeisters, das ist das Problem von Herrn Huttanus als Büroleiter. Wie finden Sie eine Antwort auf gestiegene Anforderungen, wo es klar ist, dass wir keine großen zusätzlichen Steuern mehr zu erwarten haben?

Frank Möller:

Ich möchte noch einmal an dem von Jörg Jung beschriebenen Mechanismus von Politik ansetzen. Herr Thiel, wenn man schon mal einen Zustand erreicht hat, dass Bürger bereit sind, ihren gesamten Sachverstand in politischen Fragen einzubringen – wie bei der Frage der Sanierung von Oper und Schauspiel – und sich in Gremien hineinbegeben, wie kann man denn dann eine solche Gremienarbeit hinsichtlich der Beschlüsse verbindlich machen? Kann man das überhaupt und ist es möglicherweise mit Forderungen nach Verbindlichkeiten verbunden, die es in Köln noch gar nicht gibt?

Markus Thiel:

Ich schließe an Herrn Kahlen an. Wenn man so viele Aufgaben hat, die man bei gleichzeitigem Personalabbau angehen muss, spricht vieles dafür, die Bürger wieder stärker einzubeziehen und auf das zuzugreifen, was Bürger an Bereitschaft und Engagement zu investieren bereit sind. Wir ziehen ja prinzipiell an einem Strang und deshalb ist es nötig, dass man neue Momente der Bürgerbeteiligung entwickelt, findet und nutzt. Es gibt in den Verwaltungswissenschaften, auch im Ausland, sehr viele Modelle, die man da heranziehen kann. Das beginnt bei ganz informellen Geschichten, wie Bürgerpanels [<http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/meinungen-einholen-buergerinnen-und-buerger-aktivieren/das-buergerpanel/106179/>] und Bürgerwerkstätten, wo man Bürger zu Sachverständigen macht und sie umfassend informiert und dann gemeinsam mit den Bürgern überlegt, wie man bestimmte Probleme lösen kann. Man kann Bürgerversammlungen einführen. In Bayern gibt es etwas, was jährlich stattfinden muss, wo die Bürger vom Bürgermeister Rede und Antwort verlangen können. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten. Das Problem ist aber tatsächlich die Frage nach der Verbindlichkeit. Man muss sehen, dass man diese informellen Instrumente an mindestens fünf Kriterien bindet.

(1) Sie müssen regelmäßig und dauerhaft sein. D. h., man kann nicht einfach ad hoc irgendwelche Bürgergruppen befragen, man muss Einrichtungen schaffen, die dauerhaft bestehen.

(2) Das muss auch öffentlich geschehen und medial begleitet sein. D. h. es kann nicht hinter verschlossenen Türen geschehen. Man muss die Bürger beteiligen, die mitwirken wollen, also nicht nur – hart gesagt – die Querulanten oder diejenigen, die eh überall auftauchen und destruktive Vorschläge machen. Sondern es müssen alle angesprochen und beteiligt werden, es muss für alle transparent sein.

(3) Dann ist die Barrierefreiheit wichtig. Wir sprechen viel über E-Gouvernement, von Beteiligungen über das Internet. Nicht alle können das und nicht alle haben das. Wir brauchen hier also Barrierefreiheit z. B. für ältere Menschen, die mit dieser Technologie möglicherweise nicht umgehen können.

(4) Dann muss man sehen, dass man das Übergewicht von bestimmten Partikularinteressen ausschließt, dass man nicht bestellte Diskutanten hat oder Claqueure von politischen Parteien, die die Gremien dann doch wieder in eine politische Richtung lenken, wo man doch gerade die Ansätze aus der Gesellschaft haben will.

(5) Das Fünfte ist eigentlich das Wichtigste: Wir nennen das eine gewisse Output-Steuerung. D. h. man darf sich das nicht nur anhören und dann einmal abnicken und dann vielleicht noch im Rat drüber sprechen und sagen ‚Das haben die aber schön gemacht, die Bürger‘. Nein, die Ergebnisse müssen nachverfolgbar sein für diejenigen, die sich beteiligt haben. Das ist sehr wichtig und an dem Punkt habe ich z. B. dann schon ein Problem mit dem Bürgerhaushalt. Da hat man zwar in gewissem Umfang eine Rechenschaftspflicht, aber nicht für alles, und der Bürger, der dort seine Ideen eingetippt hat, sieht möglicherweise gar nicht, was damit eigentlich passiert.

Joachim Weiner:

In dem Zusammenhang noch eine Frage an Herrn Bäumel. Wir hören immer, wir müssen mehr Transparenz schaffen. Welche Möglichkeiten gibt es denn von der verwaltungsrechtlichen Seite überhaupt für Kommunen, mehr Transparenz zu schaffen? Und schöpfen die Kommunen in Deutschland diese Möglichkeiten hinreichend aus?

Jochen Bäumel:

Ich bin der Meinung, dass die Kommunen das nicht ausreichend ausschöpfen. Es gibt ja eine ganze Menge von Möglichkeiten, um konkret zu machen, wie man sich vorstellen kann, dass ein Großprojekt organisiert wird und wie das ablaufen hat. Wenn man sich „Stuttgart 21“ anschaut, da ist so was zwar erst im Nachhinein passiert und damit ist die Umsetzung jetzt nicht mehr zwangsläufig, so wie die Schlichtung das ergeben hat. Aber wieso macht man das denn nicht am Anfang? Warum investiert man nicht auch Geld in ein Projekt und gleichzeitig in einen Gegenentwurf. Es gibt ja für alles Gutachten und möglicherweise gibt es dann eine Bürgerinitiative, eine Bewegung in der Stadt, die sagt, es geht auch anders. Dann muss auch diese Organisation, dann müssen auch diejenigen Geld dafür bekommen, ein Gutachten anfertigen zu lassen, damit man weiß, auf welcher rationalen Basis später entschieden wird. Der Vorteil von „Stuttgart 21“ – im Gegensatz zu allen Untersuchungsausschüssen und parlamentarischen Debatten – ist doch der gewesen, dass wir die Fakten nebeneinander verfolgen konnten und zwar öffentlich verfolgen konnten. Und es war die Kunst des Schlichters, das deutlich und verständlich zu machen und auf einen rationalen Kern zurück zu führen. Wenn ich das nehme, Herr Jung, was Sie vorhin erzählt haben, wäre das vielleicht eine Möglichkeit, solche ein Projekt von vornherein anders anzugehen.

Und noch ein Wort zu den PPPs. Ich bin nicht der Meinung, dass man die von vornherein immer ausschließen soll, aber wenn die Stadt Verträge mit Privaten schließt, die für die Stadt etwas zu machen haben – warum werden diese Verträge dann nicht offen gelegt? Das kann die Stadt doch vereinbaren bei Vertragsabschluss. Was jetzt in Berlin im Nachhinein über das IFG-Gesetz vorgeschrieben ist, dass jeder Bürger über das IFG bei PPP-Verträgen Offenlegung verlangen kann, wenn es um die Bereiche der Daseinsvorsorge geht – also: Elektrizität, Wasser, Müllabfuhr, Verkehr usw. – das kann man alles offen legen. Schwierig ist es mit den Verträgen, die schon abgeschlossen sind, da müsste man im Einzelfall prüfen. Vielleicht könnten Sie aber auch als SPD im Land eine Veränderung Ihres Informationsfreiheitsgesetzes in NRW in diese Richtung vorantreiben. In Berlin gibt es das seit neuem, in NRW noch nicht.

Jörg Jung:

Herr Bäumel, nur eine Erfahrung aus der Sicht einer Initiative: Das, was Sie gesagt haben, das ist ja der Anfang des Erfolgs einer Initiative wie „Mut zu Kultur“. Denn genau das – vergleichbare Fakten – haben wir erbracht, und diese Diskussion war schon abgeschlossen. Und dann kommt diese Grauzonendiskussion. Das ist das Problem, das wir haben. Täuschen Sie sich nicht, Sie kommen nicht damit weiter, wenn Sie bloß solche Standards fordern, die bestimmte Beratungsinstitutionen betreffen. Wir kommen immer in den nicht-institutionellen Bereich. Das ist eine Frage politischer Kultur und das bekommen Sie mit Formalien nicht gestaltet. Wir waren längst an dem Punkt gewesen. Und dann ging es in die Grauzone. Alle Fakten waren auf dem Tisch, es stand alles zur Debatte.

Ich nehme jetzt als Beispiel mal das Thema Godorfer Hafen. Das ist ja auf den ersten Blick zunächst mal eine Super-Initiative der Stadt, die sagt, aus der positiven Erfahrung des Umgangs mit dem Bürgerbegehren am Schauspielhaus, stellen wir bei dem Bürgerbegehren Godorfer Hafen dieselbe Frage, wir machen die Schwelle niedriger, über die wir auch gesprochen haben. Also, erstmal super, gerade im Kontext mit „Stuttgart 21“. Aber wofür steht das denn eigentlich? Bei „Stuttgart 21“ hat der Schlichter doch eigentlich nur ein Spiel gespielt. Ich denke nicht, dass es sonderlich gut ist, wenn der Schlichter am Ende sagt, ‚schön, jetzt haben wir die Fakten zusammen und jetzt müssen wir leider trotzdem diesen Weg nun weiter gehen‘. Und ein

bisschen, Herr Kahlen, riecht das in der Godorfer Sache leider auch so. Es steht ein Gerichtsurteil an. Warum wartet man das Gerichtsurteil nicht ab und kommt dann erst zu dieser Entscheidung Das ist auch das, was die Initiative vor Ort selbst sagt. Und wenn man diese Signale in Richtung einer Beteiligung wirklich ernst meint und wenn man diesen Verdacht, es gehe eigentlich nur um Tricks und semantische Spielchen seitens der Politik, wirklich loswerden will, dann muss man sich klar dazu bekennen, erst diesen Gerichtsbeschluss abzuwarten.

Guido Kahlen:

Es passt jetzt, weil es Ihre Frage, Herr Thiel, aufgreift: Wie kann man Zivilgesellschaft mit engagieren, weil der öffentliche Sektor es alleine nicht mehr schaffen kann. Sie haben zu Beginn das Helios-Gelände angesprochen. Da gibt es einen Investor, der ein Grundstück an einem ganz zentralen Bereich, der städtebaulich minder-genutzt ist, erschließen will, und der Stadtrat hat dazu ein ganz aufwändiges *Bürgerinformations- und Beteiligungsverfahren* beschlossen. Das hat aus meiner Sicht die höchste Intensität von Bürgerbeteiligung. Hier soll ein öffentlicher Diskurs stattfinden, transparent und nicht in irgendwelchen Hinterzimmern.

Das Beispiel Bürgerwerkstätten, Severinsviertel. Wir haben vor den Sommerferien mit ca. 80 Bürgerinnen und Bürgern die Frage zu diskutieren, wie wird diese wahnsinnige Wunde, die der Einsturz des Historischen Archivs und der benachbarten Gebäude hinterlassen hat, nach welchem Ansatz wird die gelöst.

Zur Frage der *Verbindlichkeit*: Da sind wir im Bürgerhaushalt mehrfach für gelobt worden. Der Rat hat erklärt, sich mit den 100 intensivst diskutierten Vorschlägen befassen zu wollen. Wir werden im nächsten Jahr – ich hoffe, dass der Stadtrat mitmacht – den Ansatz fahren, dass wir im Ergebnis ein eigenes Budget haben, damit wir nicht ständig woanders „klauen“ müssen, um Bürgervorstellungen realisieren zu können. Ein eigenes Budget bedeutet ein höheres Maß an Verbindlichkeit, nach dem man Einsparvorschläge und neue Projekte zusammen bringen kann.

Stichwort *Bürgerbefragung Godorfer Hafen*. Wir haben einen Nachteil, das ist vom Ergebnis her ein Diskussionspunkt seit 30 Jahren: Wir kriegen den Vorwurf, wir hätten es planungsrechtlich in einem Planfeststellungsverfahren gemacht, obwohl wir möglicherweise mehrere Planfeststellungsverfahren und eine Bauleitplanung, einen Bebauungsplan hätten machen müssen. Das ist so, das wissen wir heute. Die Juristen sagen uns alle, das OVG-Urteil, das möglicherweise im April/Mai kommen kann, das wird uns aufgeben: Schafft neue planungsrechtliche Grundlagen. Eine inhaltliche Diskussion ist damit vor Gericht nicht verbunden gewesen, und deshalb, Herr Jung, ich halte das für einen sehr ambitionierten Vorgang. Wir gehen auf Neuland in dieser Stadt. In Niedersachsen haben sie ein Rechtsgutachten dafür, in der Schweiz ist es quartalsmäßig, dass Sie Befragungen haben für Bundes-, Kantons- und Stadtebene. Was neu ist: Wir ermitteln jetzt ein Meinungsbild, und der Rat sagt, wenn ein bestimmtes Quorum erreicht wird, ist das für unsere zukünftigen Ratsbeschlüsse eine Leitschnur. D. h. auch hier gibt es einen bestimmten Grad von Verbindlichkeit durch eine freiwillige Selbstverpflichtung von Fraktionen.

Und wir machen noch etwas neu; wir fragen nicht nur wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren, wir fragen jetzt Einwohner, unabhängig davon, ob sie hier Wahlrecht haben oder nicht, sie müssen lediglich mindestens 16 Jahre alt sein. Daraus kann eine Diskussion hervorgehen: Welche Infrastruktur braucht diese Stadt, welche Logistik, wie sichern wir die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die stark auf Verkehr und Verkehrsverbindungen angewiesen ist.

Joachim Weiner:

Aber haben wir nicht noch ein ganz anderes Problem. Hier in Köln wird immer ganz groß geplant. ‚Wir sind die Nummer Eins‘, ‚wir machen einen Masterplan‘, ‚wir machen eine Leitbilddiskussion‘. Die Frage ist: Was bringt das? Ich denke, was uns hier in Köln fehlt, ist eine gewisses Maß an Ehrlichkeit, dass wir die Karten mal auf den Tisch legen. Uns geht es richtig schlecht. Ein Beispiel: Wir haben stolz verkündet – und andere Städte machen das auch immer wieder – wir hätten ganz viele Ganztagschulen geschaffen. Wunderbar. Aber hat sich mal jemand angeschaut, was da abläuft? Dass die Betreuung der billigste Anbieter bekommen hat – die AWO – mit ungelernten Kräften zum Teil. Und da fragt dann kein Mensch mehr nach den konkreten Umständen. Alle sagen: Wir haben ganz viele Ganztagschulen geschaffen. Das war nur ein Beispiel. Es ließen sich viele andere nennen. Dann soll doch die Stadt erstmal die Karten auf den Tisch legen und ehrlich sagen, wo überall es so vermasselt ist. Dann kann man den Bürgern vielleicht auch eher klar machen, warum bestimmte Dinge nicht mehr gehen.

Frank Möller:

Vielleicht geben wir mit dieser Aufforderung zur Ehrlichkeit jetzt mal ab ans Publikum, um noch einmal Konkretes von einigen Orten in Köln zu hören, an denen derzeit über Planungen diskutiert wird. Sammeln wir zunächst mal einige Stimmen.

Almut Skriver / Sprecherin der Stadtentwicklungsgruppe der Bürgerinitiative Helios:

Wir freuen uns alle, dass das Bürgerbeteiligungsverfahren in der aufwändigen Form ab nächsten Sommer kommen soll. Jetzt muss man aber doch die Hintergrundgeschichte etwas beleuchten. Die Stadt hat das keineswegs von selbst vorgeschlagen, sondern es lief ganz anders ab. Es gab eine Bürgerinformationsveranstaltung, die der Bezirksbürgermeister einberufen hat. Da sind für ihn überraschenderweise 700 Leute gekommen. Dann wurde wohl vielen klar, dass da ‚was anbrennt‘. Wir als BI haben gesagt, es kann jetzt nicht sein, dass unsere Stadtplanung im Grunde jemandem, der da ein Einkaufszentrum bauen will, das einfach so erlaubt. Wir möchten, dass das an so einer wichtigen Stelle jetzt erstmal diskutiert wird. Außerdem waren wir enttäuscht und der Meinung, dass unsere Verwaltung und das Stadtplanungsamt eigentlich auch das Leitbild Ehrenfeld mal hätte umsetzen können bzw. die öffentlichen Belange auch mal hätte vertreten können. Das ist nicht geschehen. Deshalb hat es sich die BI jetzt zur Aufgabe gemacht, noch mal die Stimme zu erheben. Nach dieser Versammlung haben wir uns zusammengesetzt und haben mit fünf Leuten in einem Monat ein Beteiligungskonzept entwickelt, natürlich völlig ohne Verwaltung und Stadt, haben das veröffentlicht, allen Parteien geschickt, sind damit rumgelaufen. Das kam sehr gut an, wir sind überall eingeladen worden. Der Rat hat dann auch entschieden, dass danach verfahren wird, es gibt Geld dafür, alles also gut gelaufen. Dann wurde das Ganze seitens der Verwaltung ausgeschrieben an Moderatoren. Wir durften auch Vorschläge machen, die wurden teilweise genommen, teilweise nicht. Wer das entschieden hat, weiß ich nicht, ich kenne auch das Ergebnis noch nicht, obwohl es lange her ist, dass das jetzt abgegeben worden ist. Die Ausschreibung lief dann so, dass die Moderatoren selber Vorschläge machen sollten. Es wurde also nicht unser Konzept, was ja zunächst mal alle gut fanden, gesetzt, sondern jetzt sollten die Moderatoren auch noch Konzeptvorschläge bringen. Ich weiß nicht, ob die Stadt Köln, die da meiner Meinung nach nicht sehr professionell aufgestellt ist, dazu Beratung hinzugezogen hat. Herr Thiel wäre z. B. super dafür gewesen. Ich weiß überhaupt nicht, wie das abgelaufen ist. Dann hörten

wir aus der Verwaltung: Ja, wenn die Angebote gekommen sind, dann suchen wir eins aus und stellen das dem Stadtentwicklungsausschuss vor. Wir haben uns gedacht, das kann ja wohl jetzt nicht wahr sein, dass die Verwaltung entscheidet, nach welchem Vorschlag vorgegangen wird und man dann bloß noch ja oder nein dazu sagen kann. Wir haben verlangt, dass sich drei oder vier öffentlich auch vorstellen müssen, damit zumindest auch die Bezirksvertretung mitentscheiden kann. Das haben wir jetzt wohl auch durchgesetzt, es soll wohl so kommen, genau wissen wir es aber auch nicht.

Ich bin jetzt einfach überrascht über das weitere Vorgehen. Gestern zum Beispiel war hier eine Veranstaltung, bei der auch unser Dezernent (Bernd Streitberger) hier saß. Er hat es sich nicht nehmen lassen, die 700 auf der Bürgerversammlung Anwesende als „über Facebook mobilisierte Party People“ darzustellen. Ich habe ihn anschließend daraufhin angesprochen und gefragt, wieso er so was wider besseres Wissen sagt. Da habe ich die Antwort bekommen, ich solle jetzt mal nicht so empfindlich sein.

Frank Möller:

Das ist wieder die Frage nach dem Umgang. Nach welchen Regeln von Kommunikationskultur verkehren Rat und Verwaltung mit den Bürgern ...

Almut Skriver:

Man kriegt keine Wertschätzung. Man fühlt sich einfach schlecht behandelt.

Roland Schüler / Müngersdorfer Bürger:

Ich knüpfe an das an, was Frau Skriver und Herr Thiel gesagt haben: Das, was jetzt ganz groß gepriesen worden ist als tolles Konzept der Bürgerbeteiligung für Helios, das hat der Rahmenplan Braunsfeld / Müngersdorf / Ehrenfeld 2002/03 schon durchgeführt und das war eine Erfolgsstory. Und jetzt haben wir 2011 und erfinden das Rad noch einmal neu mit dem gleichen Engagement von Bürgern. Und da frage ich mich an diesem einen Beispiel: Merkt, lernt die Stadt Köln eigentlich nicht schon vorher, wie man es machen kann? Es gibt ja schon gute Beispiele.

Zweiter Punkt: Wir hatten 2006 einen Arbeitskreis Bürgerbeteiligung / Bürgerengagement im Bereich von Stadtentwicklung. Ein Arbeitskreis mit 20 Menschen aus der Verwaltung und aus der Bürgerschaft hat ein Konzept erarbeitet zur guten Bürgerbeteiligung. Das ist vom Rat dann auch verabschiedet worden. Es gibt eine Person, die auch in dem Arbeitskreis war, die ganz eindeutig gesagt hat, dass sie dieses Konzept nicht umsetzt. Das ist die Amtsleiterin vom Stadtplanungsamt, Frau Marie Luise Müller. Und das ist das, was Herr Jung angesprochen hat: Es gibt personelle Grauzonen in dieser Stadt, die das, was erarbeitet worden ist, was politisch beschlossen worden ist, was hier theoretisch daliegt, nicht praktizieren wollen!

Ein anderes Beispiel: Es gibt ein wunderbares bürgerschaftliches Engagement um das Haus „Bahnhof Belvedere“ [<http://buergerverein-koeln-muengersdorf.de/ortsge-staltung/zukunft-bahnhof-belvedere/>]. Die suchen seit ungefähr zwei Monaten einen Verantwortlichen in der Stadt Köln, der ihnen sagt, ich übernehme das Projekt, ich steure das, ich suche die entsprechenden Menschen in der Verwaltung, die da mitreden können, und dann schauen wir, dass wir diesen Prozess in Zusammenarbeit mit dieser Initiative auf den Weg bringen. Es findet sich keiner. Bis jetzt jedenfalls nicht.

Ein Letztes, wo wir auch alle wieder vor der Tür stehen und was über den PPP-Bereich noch hinausgeht. Ich meine die Verträge, die zwischen der Stadt Köln und den Investoren abgeschlossen werden – die kennt kein Mensch. Und da stehen entschei-

dende Sachen drin. Auch da ein Beispiel: In Müngersdorf gibt es ein Bauvorhaben, dazu gab es einen großen bürgerschaftlichen Protest. Das ist dann in einem guten Prozess von Bezirksvertretung und Rat abgeschnitten worden. Jetzt geht es darum, dass zwei Verfahren laufen: ein Bauleitverfahren nach § 34, da bekommen wir keine Informationen vom zuständigen Amt, was jetzt eigentlich passiert. Und auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung war der zuständige Amtsleiter da und seine Information war glatt Null. Gleichzeitig wird ein Naturschutzdenkmalprozess in die Wege geleitet; da gibt es dann wunderbare Informationen. Es hängt – wie Sie sagen, Herr Jung – in dieser Grauzone. Und diese Grauzone ist noch viel zu groß, als dass man tatsächlich behaupten könnte, was hier vertreten worden ist, wir könnten uns in diesem aktuellen Zustand gut fühlen. Wir haben zu viele politische Grauzonen und dagegen müsste aktiver eingeschritten werden.

Babs Mück / „Lernen vor Ort“:

Vor ungefähr einem Jahr hätte ich noch ganz anders über Stadtverwaltung gedacht. Jetzt bin ich seit einem Jahr bei der Stadtverwaltung und sehe das aus einem ganz anderen Licht. Ich leite ein Projekt, das heißt „Lernen vor Ort“ [http://www.bildung.koeln.de/regionale_projekte/lernen_vor_ort/index.html?PHPSESSID=71d9c730db0b8581956ccc4524fd4370]. Ganz am Anfang tauchte die Frage auf, was tut die Stadt gegen Korruption. Herr Kahlen hatte es erläutert und ich erlebe es in der Praxis. Wenn ich Geld ausgeben will, muss ich das Rechnungsprüfungsamt beteiligen, muss das Vergabeamt beteiligen. Das ist einerseits sehr sinnvoll, andererseits sehr zeitaufwändig. Ich sage das deshalb, weil von Kritikern gefragt wird: Warum kriegt ihr „Mülheim 2020“ nicht auf den Weg? Ich habe zum Glück nichts damit zu tun, aber wenn man sich überlegt a) wie kompliziert das Vergaberecht ist, das muss europäisch ausgeschrieben werden, b) wie kompliziert der europäische Sozialfonds ist, von dem das Geld kommt, und c) die Akteure müssen sich nicht nur innerhalb der Ämter verständigen, sondern dezernatsübergreifend verständigen und noch dazu mit unglaublich vielen Akteuren aus der Zivilgesellschaft. Ich will nur die Relation zeigen: Man fordert auf der einen Seite völlige Transparenz; das wird mit verschiedenen Verwaltungsregularien auch hergestellt, aber auf der anderen Seite fordert man auch, dass die Dinge schnell gehen und das bei immer weniger Personal. Alles gleichzeitig geht aber nicht.

Das war eine Bemerkung und nun noch eine Frage: Herr Jung, Sie haben gesagt, bei der Entscheidung von gestern Abend wurde alles, was die Bürgerschaft wollte, umgesetzt. Ich finde Ihre Initiative sehr gut, aber meine Frage ist, was legitimiert die Initiative eigentlich, für die Bürgerschaft zu sprechen, weil Sie ja nicht gewählte Vertreter sind.

Jörg Jung:

Das ist eine wichtige Frage, die wir uns auch oft gestellt haben. Es ist ganz interessant, wie sich in einem Diskursprozess in einer Stadt bestimmte Dinge verselbständigen. Die Initiative „Mut zu Kultur“ mit ihrer Erfahrung und auch der erfolgreichen Zusammenarbeit wird dann auch auf der anderen Seite von der Stadt schon gebeten, auch im Prozess für das Archiv an einem Runden Tisch mit zu sitzen. Und dann sitzt man da und sagt dann: Hallo, wir haben doch gar kein Mandat dafür. Denn das Mandat haben wir bekommen über das Bürgerbegehren, über die 50.000 Stimmen. Dann sind über dieses Mandat der 50.000 Stimmen 3 Vertreter in den Rat geladen worden, und dann ist ein Runder Tisch gegründet worden. Das sind die Gremien, über die wir per Ratsbeschluss in diesem Prozess beteiligt sind und in denen wir die Diskussion führen. Und jetzt kam für uns tatsächlich problematisch dazu, dass die entscheidende

Sache getan war, das war der Sanierungsbeschluss, und die gesamte weitere Abwicklung bis zu diesem Ratsbeschluss gestern, das ist ein Bereich, der die Medien nicht interessiert, das ist völlig unsexy, wir sitzen da und reden mit Politikern aus allen Fraktionen. Wir müssen versuchen, in diesem Grauzonenbereich irgendwo eine Spur zu legen, dass die miteinander reden. Und da kommt jetzt wirklich was dazu, was auch noch ein Thema für uns ist. Dabei merken wir, wie sprachlos Politik und Verwaltung mitunter ist. Eigentlich muss die Richtung ja sein: Wir Bürger geben unsere Vertreter, die Politiker, in den Rat, und die beauftragen die Verwaltung in unserem Interesse etwas zu tun. Die Tatsache ist aber andersrum. Die Verwaltung beschließt etwas, versucht die Politik mit zu spät vorgelegten Beschlussvorlagen zu übertölpeln, und wir Bürger werden konfrontiert mit Entscheidungen. Das ist eine völlig perverse Richtung. Und es ist an uns als Souverän diesen Prozess wieder in die richtige Richtung zu polen. Das bedeutet auch, dass wir der Politik helfen, in dem Konflikt mit der Verwaltung wieder die richtige Sprachrichtung zu haben. Aber auch die Politik untereinander. Denn das Problem, das wir haben, ist, dass Politik in Fraktionslogik denkt, in Machtlogik denkt. Und dann haben Sie das Problem, das die SPD-Fraktion gestern bei der Abstimmung hatte. Da gab es viele, viele SPD-Mitglieder, die haben gestern eine Krise gekriegt, weil sie eine Abstimmung leisten mussten, die sie viel lieber und entschiedener für die Sanierung geliefert hätten. Sie konnten es aber nicht aus der Fraktionslogik heraus. Gott sei Dank war der Kompromiss so, dass beide es tragen konnten. Jetzt kann man aber auch nicht einfach schlussfolgern, es dürfe keine Fraktionsdisziplin geben. Aber wir müssen in eine offenere Form der Streitkultur in den Städten kommen, und da ist das, was Herr Schüler gesagt hat, ganz wichtig: Wir müssen dann auch die Bezirksebenen ernster nehmen. Zum Beispiel wird in den Fragen, die Herr Schüler angesprochen hat, die Bezirksregierung kategorisch erstmal nicht gehört. Da ist die zentrale Verwaltung hier und sagt, ‚das interessiert mich doch gar nicht, was die da sagen. Wir haben einen Plan, wir haben einen Investor‘. Und dann kommt noch etwas hinzu: Ein Investor ist plötzlich ein öffentliches Interesse. Dann hören wir von der Verwaltung, vom Amtsleiter, weil es um die Abwägung öffentlicher gegen private Interessen geht: ‚Wenn ein Großinvestor in Köln etwas baut, dann ist das ein öffentliches Interesse‘. Da ist etwas völlig falsch an diesem Selbstverständnis.

Ohne namentliche Vorstellung:

Ich möchte darauf hinweisen, dass der Ehrenfelder Helios-Komplex vor viel längerer Zeit von der Verwaltung angedacht worden ist. Ende der 1970er Jahre ist eine Rahmenplanung gemacht worden, und die Verwaltung ist heute gar nicht mehr in der Lage, solch eine Qualität vorzulegen. Deswegen ist ja auch beim Masterplan das zuständige Fachamt gar nicht mehr zum Zuge gekommen. Wobei noch ein Glücksfall ist, dass sich das Büro Speer aller Materialien der Stadt Köln bedient hat und das eigentlich alles abgekupfert hat. Ich weiß das genau, Speer hat alle städtischen Studien bekommen, so revolutionär ist der Masterplan gar nicht. Er entspricht weitgehend dem Innenstadtkonzept der frühen 1980er Jahre.

Zweites Beispiel Fachhochschulverlagerung. Das ist eindeutig in dem rechtsrheinischen Entwicklungskonzept festgelegt worden, dass diese Fachhochschule ins Rechtsrheinische passt. Und das ist im Grunde genommen ja auch ein Verwaltungskonzept. Ich bin stinksauer, dass es überhaupt dazu kommen kann, dass eine umfangreiche Planung im Rechtsrheinischen konterkariert wird durch irgendwelche Grundstücksgeschäfte zwischen Land und ich weiß nicht wem, dass es überhaupt dazu kommen kann, dass man diese Fachhochschule, die nicht marode ist ... Richtfest von diesem großen Bau war 1978, d. h. als diese Diskussion um Verlagerung

aufkam, waren diese Gebäude gerade mal 30 Jahre alt. Das kann doch nicht wahr sein, dass wir 30jährige Gebäude, die solide gebaut sind, in Frage stellen. Das muss doch zu einem finanziellen Kollaps führen. Und ich bin fest davon überzeugt, dass sich Guido Kahlen darum kümmern muss, dass die Stadtentwicklung die richtige Positionierung bekommt, und da ist die Frau Anne Luise Müller, die ist Stadtplanerin, die kann diese Arbeit nicht leisten, ich würde mich freuen, wenn der Guido Kahlen dieses Amt für Stadtentwicklung in seine Obhut nehmen würde.

Frank Möller:

Das betrifft die Frage der Qualifikation in einzelnen Fachbereichen. Wir hatten darüber noch nicht gesprochen, werden die Frage in weiteren Veranstaltungen aber sicher noch einmal genereller angehen.

Rainer Rossmann:

Ich habe über zwei Jahrzehnte in einer anderen großen Stadt in NRW gearbeitet, in Dortmund. Ich möchte mir jetzt kein Urteil anmaßen, welche Verwaltung besser ist. Ich kann sehr gut nachvollziehen, Herr Kahlen, was sie in einem Statement gesagt haben, dass es Ihre Aufgabe ist, Aufgabenkritik zu machen bei schwindenden Ressourcen. D. h. Sie müssten eigentlich eine Aufgabenkritik dergestalt machen, dass Sie sagen, ich habe weniger Ressourcen und kann demzufolge auch weniger Aufgaben übernehmen. Das haben wir seit 1989, seit der Wiedervereinigung geht diese Orgie über die Kommunen hinweg, und es gibt da so merkwürdige Kuriositäten, dass z. B. ab September des Jahres kein Kopierpapier mehr da ist, weil an solchen Petitesen gespart wird. In Köln hatten wir es, dass die Brunnen irgendwann versiegt, bis man gemerkt hat, dass die Brunnen, wenn sie nicht unterhalten werden, jedes Jahr mehr Nachfolgekosten nach sich ziehen, als es dann letztlich an Einsparungen bringt. Die eigentliche Frage ist doch aber: Wo kann man eigentlich wesentlich sparen? Und jetzt komme ich zu dieser Nord-Süd-Trasse der U-Bahn. 1995, wenn ich das noch recht in Erinnerung habe, ist ja dieser Beschluss gefasst worden, wir wollen eine unterirdische Trasse bauen für die Straßenbahn. Welch ein Wahnsinn. In dieser Zeit haben andere Städte schon überlegt, dass sie ihre Straßenbahn nach oben holen und nicht nach unten. Und das, was da an Millionen verbuddelt wird, und wo auch der Vorstand der KVB noch heute der Überzeugung ist, dass das eine Wohltat ist für die Stadt Köln, das leuchtet mir einfach nicht ein. Und gäbe es hier in Köln so etwas im Vorfeld wie die Schlichtung im Falle von „Stuttgart 21“ bei Großprojekten wie der U-Bahn oder dem Messebau, wo sich die Protagonisten zusammensetzen mit den Initiativen, dann wäre so ein Wahnsinn wie die Nord-Süd-Trasse niemals gebaut worden.

Karl Kegler:

Wenn ich hier etwas beitragen kann, dann aus den Erfahrungen im Gereonsviertel [<http://www.gereonsviertel.de/5.html>]. Zuerst aber etwas Allgemeines. Ich glaube, wenn wir hier über politische Kultur sprechen, dann ist dabei ein bestimmtes Phänomen im Hintergrund; hier geht es letztlich um Demokratisierungsprozesse. Und solche Demokratisierungsprozesse haben immer die Folge, dass bestimmte Eliten Macht abgeben müssen. Das sind in Köln die eingespielten Netzwerke von Parteien und es ist auch die Verwaltung. Und weil das schwer fällt, macht man das nicht gern. Das Abgeben von Macht fällt auch in eine andere Richtung hin schwer. Was Sie gesagt haben, Herr Weiner, ist vollkommen richtig, wir machen in Köln alle vier, fünf Jahre ein neues Städtebaukonzept. Dann verschwinden die wieder. Vom Innenstadtkonzept in den 1980er Jahren bis zu den ganzen Wettbewerben, die damals noch der

Herr Riedel gemacht hat, als er Chef des Planungsamtes war, jetzt haben wir einen Masterplan und ein Höhenkonzept, und im Prinzip werden die Sachen sofort wieder in die Schublade gelegt. Ich bin der Meinung, eigentlich sollte man das aus dem Marketing-Etat bezahlen. Das hat natürlich einen Grund: Politik möchte sich in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht einengen lassen durch solche technokratischen Planungen, und sie möchte sich auch nicht einengen lassen durch das Engagement von Bürgern vor Ort.

Und das ist eben auch das, was wir im Gereonsviertel erlebt haben. Ich drücke den Leuten von Helios die Daumen, dass das anders wird. Wir haben ohne weiteres vier, fünf Bürgerveranstaltungen gemacht. Da waren die Amtsleiter da, Herr Streitberger war da. Der ist auch bis 22.30 Uhr geblieben, hat auch noch ein Bier mit den Bürgern getrunken; das muss man respektieren. Aber herausgekommen bei den 180 Einwendungen ist nichts. Die Einwendungen wurden abgelehnt. Und jetzt haben wir die Phase, dass mehrere Prozesse laufen. Einen Prozess haben wir gewonnen, dann hat das Oberverwaltungsgericht das wieder zurück genommen, die Stadt bearbeitet den Bebauungsplan zum zweiten Mal, das Bauaufsichtsamt gibt Expertise. Das bindet natürlich Personalressourcen in einer unglaublichen Menge. Da sind wir sozusagen zusammen, Herr Kahlen: Die Bürger früher einbinden und dann haben Sie diesen Rattenschwanz an Konflikten doch nicht. Der Mann, der hier den Bebauungsplan bearbeitet, der sitzt seit Monaten da dran, diese Sache gerichtsfest zu machen, weil man vorher die Einwände der Bürger vom Tisch gewischt hat. Das ist weder klug noch nachhaltig, das ist sehr teuer und erzeugt Frust.

Ein weiterer Punkt: Ich glaube, wenn man über politische Kultur spricht, dass man dann auch mal über die Presse sprechen muss. Jetzt hatten wir die Affäre Guttenberg, da waren die Zeitungen voll mit Karikaturen. Als das Stadtarchiv eingestürzt war, gab es keine einzige politische Karikatur mit Herrn Schramma vor dem Loch. Stadtpolitik im Stadt-Anzeiger und der Rundschau ist ein schwarzer Fleck. Auch wenn man sagen muss, dass die Presse seit dem Einsturz des Stadtarchivs was getan hat, das ist eine öffentliche Sache und da muss man viel mehr streiten und nicht weniger.

Ohne namentliche Vorstellung:

Es gibt ja offensichtlich in der Stadt das Bedürfnis, wieder offen und ehrlich miteinander ins Gespräch zu kommen. Kann man daraus eine Architektur träumen? Markus Thiel hat wunderbar zusammengefasst, was alles notwendig wäre, Herr Kahlen sitzt als Stadtdirektor mit am Tisch. Wenn wir also in unserer Stadt aufrufen würden, jeder einzelne darf sich bekennen: Ja, ich möchte in dieser Stadt mit jedem Einzelnen ehrlich und offen ins Gespräch kommen über alle Fragen, die uns angehen und jeder ist eingeladen einen Euro für einen solchen Gesprächsort, wo wir dann auch miteinander sprechen wollen zu zahlen – ich glaube nämlich, der muss neu geschaffen werden – und die Stadt würde sagen, wir antworten ebenso mit einem Euro und machen uns ans Werk, ein solches Gebäude aufzubauen. Der Herr Schinkel hatte das früher schon in Berlin vorgehabt: ein Volksparlament erster Güte. Also, ich denke, in dem Moment, wo wir uns in diesem Sinne auf den Weg machen würden, einen solchen Ort zu erträumen und auch zu erschaffen, dann können wir uns viele Prozesse und Reibereien sparen. Wo das Wort wieder gelten würde, da entsteht auch eine andere Welt.

Herr Tiedemann:

Herr Kahlen, wir haben mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, was die Stadt Köln in letzter Zeit alles zur Verbesserung der Abläufe auf den Weg gebracht hat. Wie weit können wir damit rechnen, dass das von der Stadtverwaltung auch tatsäch-

lich eingehalten wird? Wir haben ja beispielsweise beim Höhenkonzept erlebt, dass sich der Herr Streitberger überhaupt nicht daran hält und es auf einen Prozess nach dem andern ankommen lässt; das geht ja auch auf Kosten der Steuerzahler und nicht der Stadtverwaltung. Die Frau Müller behauptet sogar, sie habe von dem Höhenkonzept noch nie etwas gehört. Was ist eigentlich deren Aufgabe? Jetzt sind wir bei der Grauzone: Sie erarbeiten Richtlinien, und andere, die ich eben genannt habe, kümmern sich nicht im Geringsten darum. Da sind wir mitten in der Grauzone drin.

Walter Wortmann:

Ich war etwas über zwei Jahre politisch bei den Freien Wählern tätig und habe mich dann zurück gezogen, weil ich einsehen musste, dass die Fülle der Wünsche der Bürger und der Eingaben von den politischen Vertretern gar nicht umsetzbar sind. Und das ist etwas, was mich ungeheuer stört und deshalb habe ich mich auch gerne „Köln kann auch anders“ angeschlossen, denn dort geht es um einzelne Projekte, und da kann sich jeder um das Projekt kümmern. Und ich glaube, die Stadt unterschätzt immer noch die Stärke und die Kreativität, die aus solchen Projekten hervorgeht. Wenn ich mir die Termine des Rates und der Bezirksvertretungen anschau und die TOPs in den Agenden, dann reden wir hier über 2.500 bis 3.000 Anliegen von Bürgern. Die Initiativen, mit denen Sie hier sprechen, Herr Kahlen, das sind investigative Initiativen. Die sind daraus entstanden, Verfehlungen aufzudecken. Die sind eigentlich unproduktiv. Diejenigen Initiativen, die sich später mit den Dingen befassen, die in den Bezirksvertretungen in den Abstimmungen nicht durchgekommen sind, die sind entscheidend und die machen Ihnen den Ärger, den Herr Kegler Ihnen benannt hat. Deshalb nehmen Sie das ernster. Stellen Sie Leute ab, die in die Bezirke gehen. Da wird der gleiche Mist produziert wie in der Stadt.

Thomas Lutschak / „Mut zu Kultur“:

Ich knüpfe an das an, was Herr Rumpel sagte: Warum wird nicht über die FH in der notwendigen Form diskutiert? Da muss man sich vorstellen, dass Herr Streitberger pikanterweise vorgestern diese Frage hier als Dezernent an die Bürger stellte, dass ihn das wundere, dass dieses eminent wichtige Thema nicht kontroverser diskutiert würde. Er wäre völlig irritiert. Ich habe das schon geradezu als Hilferuf empfunden, dass einer der wesentlichen Dezernenten, die damit zu tun haben, an die Bürger appelliert, die Verwaltung an dem Punkt ganz kräftig in den Hintern zu treten. Gedanke 1: Wie kommt das? Wieso muss ein Dezernent einen geschickten Schachzug machen, um die Bürger möglicherweise gegen seine eigene Verwaltung zu mobilisieren. Was ist da los? Da kommt ein absolutistisches Relikt ins Spiel, die so genannte „einheitliche Amtsmeinung“. Und die „einheitliche Amtsmeinung“ bedeutet, dass aus der Verwaltung gar keine einzige Kontroverse und Unsicherheit nach außen dringen darf. Und wenn es die gibt, dann wird vorher als „einheitliche Amtsmeinung“ festgelegt, was alle zu vertreten haben. Nur jemand wie die Frau Kier (Hiltrud Kier, ehem. Denkmalpflegerin der Stadt Köln), hat sich mal herausgenommen davon abzuweichen. Ihr Mann sagte mir mal, ich solle so was bitte nicht verlangen von irgendjemandem in der Stadtverwaltung, aus diesem Kanon auszuscheren. Ich müsste doch mal berücksichtigen, dass die vielleicht alle Familie hätten und Kinder und dass die Familie Kier zunächst mal immer nachgedacht hätte, wie ist unsere finanzielle Lage und können wir uns erlauben, dass Hiltrud Kier vielleicht nicht mehr lange da ist bei der Stadt Köln. Und ich glaube, es ist für die Stadt ein ganz, ganz schlimmer Fehler, zu meinen, in heutigen Zeiten des Internets, dass man Unsicherheiten und Kontroversen in der Verwaltung und in der Politik am besten unter dem Deckel hält. Das Gegenteil ist der Fall. Sie sollten in solchen Fällen offensiv das

Problem mit aller Transparenz und Offenheit darstellen. Das wird aber bis heute systematisch nicht getan.

Hiltrud Kier:

Ich will nur zum Schauspielhaus sprechen und dann zur FH. Herr Kahlen, Sie erinnern sich: Vor der Ratssitzung im September 2009 hatten wir ein Gespräch. Und ich hab Ihnen gesagt, das Schauspielhaus ist ein Baudenkmal. Ich hatte Sie gewarnt, dass ich mir nicht vorstellen könne, dass es in dieser Stadt keinen Widerstand gegen einen Abriss gäbe. Sie haben heute hervorragend gejammert, was Sie alles zu tun haben und wie wenig Personal und wie wenig Geld Sie haben. Sie hätten sich so viel sparen können, wenn Sie manns genug gewesen wären, das Schauspielhaus tatsächlich zu halten und die Denkmalpflege ernst zu nehmen.

Thema Fachhochschule: Herr Kahlen, wann kommt die Denkmalliste für die Bauten der 1960er, 1970er Jahre? Haben Sie Ihre Denkmalpflegerin daraufhin schon angesprochen? Haben Sie ihr einen Termin gesetzt? Hat sie Ihnen berichtet, ob die Fachhochschule in Deutz ein Baudenkmal ist oder nicht? Das sollten Sie nach den Erfahrungen mit Schauspiel und Oper ganz schnell angehen, bevor diese Diskussion noch weiter voran schreitet. Es ist zu hoffen, dass in dieser Korruptionsauseinandersetzung, was die Übersiedlung nach Köln-Süd betrifft, noch soviel herauskommt, dass die FH dann dort ohnehin nicht gebaut wird.

Frank Möller:

Herr Kahlen, Sie sind nun mehrfach angesprochen worden. Daher die Bitte, möglichst kurz darauf zu antworten. Anschließend beginnen wir bei Herrn Bäumel mit der Schlussrunde. Und ich möchte Sie, meine Herren, bitten, dabei auch auf den mehrfach angesprochenen Aspekt einzugehen, dass es nicht-institutionalisierte Bereiche gibt, dass es informelle Bereiche bzw. politische Grauzonen gibt, es ist auch von eingespielten Netzwerken der etablierten Parteien die Rede gewesen. Wie hat man damit umzugehen? Wenn wir da zu keiner schlüssigen Antwort kommen, könnte sich das Paradox ergeben, dass wir auf einer Ebene über diese Stadt diskutieren, auf der Herr Kahlen Kooperation anbietet, dass es aber gleichzeitig eine Ebene gibt, auf der dies alles konterkariert wird. Wenn wir zu keiner Antwort kommen, wie mit dieser Ebene, der sog. Grauzone, umzugehen ist, werden strukturelle Reformen und alle guten Absichten möglicherweise verpuffen.

Guido Kahlen:

Zunächst möchte ich auf die Forderung nach mehr Ehrlichkeit eingehen. Sofort unterschrieben, d. h. aber auch, dass wir auf Ressourcen schauen müssen. Wir beachten zu wenig den Ressourcenverbrauch auch beim Personal. Wir haben im Augenblick den höchsten Investitions-Topf abzarbeiten. Wir haben zu dem ganz normalen Bauprogramm, das ohnehin das höchste gewesen ist, das wir in den letzten zwanzig Jahren hatten, das Konjunkturprogramm noch drauf gekriegt. Wir machen das im Ergebnis nicht mit zusätzlichem Personal. Und das gehört zur Ehrlichkeit dazu, zu bekennen, dass wir bestimmte Bereiche nicht so abdecken, wie man es abdecken sollte.

Frau Skriver, ich bedauere, dass Sie keine Wertschätzung erfahren haben. Ich werde dem nachgehen, ob die Bezirksvertretung die Ausschreibung jetzt entscheidet. Es ist von Frau Mück schon mal deutlich gemacht worden: Wir sind bei der Ausschreibung mehr als pingelig. Mir hat man in der Stadtverwaltung mal vorgeworfen, ich wäre bei Vergaben zweitausendprozentig. Ich bin das, weil ich nicht mehr will, dass wir uns irgendwo, wie bei der Messe, von einem Europäischen Gerichtshof sagen lassen

müssen, ihr habt die Spielregeln eines transparenten Wettbewerbs missachtet. Deshalb ist es in der Tat so: „Mülheim 2020“, das kann ich sagen, ist gesichert, die Genehmigung, dass das Projekt jetzt auch noch ein Jahr länger dauert, ist seitens der Bezirksregierung in Arbeit. Gehen Sie davon aus, wenn wir was machen, machen wir es nach den Regeln.

Herr Schüler (Müngersdorf), die Politik hat uns in dem Doppelhaushalt 2008/2009 für Bürgerbeteiligung in den Bezirken schon mehrer Geld gegeben. D. h., dass wir auch mit Informationen besser Sachen deutlich machen können. Zu dem einen Punkt weiß ich, dass derzeit an einem B-Plan gearbeitet wird, dass der Auftrag besteht, das Naturdenkmal tatsächlich zu schützen, wie die Bürgerinitiative das gefordert hat. Da hat es große Auseinandersetzungen gegeben, jetzt haben wir es gelernt und machen den B-Plan, in dem gleichzeitig dieses Naturdenkmal auch abgesichert ist. B-Plan hat den Vorteil: formalisierte Bürgerbeteiligung.

Thema Grundstücksgeschäfte und FH: Frau Kier, da haben Sie ja Recht, dass durch die augenblicklichen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ein klarer Break ist. Wir standen in der Tat vor dem Problem, dass wir das soundsovielte Gutachten in der Produktion haben, in dem es darum ging: Ist dieser ganze Gebäudekomplex noch sanierungsfähig oder ist er im Ergebnis abzuschreiben. Und der Stadtrat hat in der Tat noch keine Position dazu bezogen, weil wir die Geschäftsgrundlage dafür noch nicht haben. Wir wissen nicht, ist die Bausubstanz trotz gerade mal 30 Jahren abgängig. Ich weiß nur, dass der Präsident der FH ganz klar sagt, sie wollen einen Campus auf der linken Rheinseite haben. Aber gehen Sie mal davon aus, die derzeitigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die werden möglicherweise auch Lösungsansätze bieten müssen.

Thema Nord-Süd-Trasse der U-Bahn: Herr Rossmann, ich glaube, mit der Sensibilität für Bürgerinteressen und auch Bürgerproteste und auch vor dem Hintergrund einer anzustrebenden Risikominimierung würde eine Entscheidung die damals gefällt worden ist, heute anders aussehen. Die damaligen Entscheidungsträger haben eine bestimmte Einstellung gehabt. Ich glaube, dass wir bei künftigen Großprojekten zu einem deutlich anderen Risikomanagement verpflichtet sein werden als in der Vergangenheit. Die Abwägung würde heute auf einer anderen Grundlage gemacht als sie mit den Erkenntnissen von 1996 gemacht wurde.

Thema Demokratisierungsprozesse: Herr Fiedler, ich glaube, heute ist klar, weil die öffentliche Hand es nicht mehr schafft, sind wir auf die Zivilgesellschaft angewiesen. Deshalb auch der Bürgerhaushalt. Wir müssen näher am Bürger dran sein. Auch in der Organisationslehre ist „Kundenorientierung“ heute eine Organisationsmaxime. Die Ausrichtung auf mehr Teilhabe, auf mehr Beteiligung ist schon deshalb notwendig, damit Sie effizienter sind.

Zu der Frage Höhenentwicklung. Ich räume ein, das ist insofern unglücklich gelaufen, weil das Höhenkonzept beim Gereonsviertel vom OVG deutlich angemahnt worden ist, zusammen mit dem Denkmalschutz und dem Umgebungsschutz von Denkmälern. Und jetzt bei diesem Hochhaus (am Waidmarkt) war wohl davon ausgegangen worden, dass nach den ganzen Vorprüfungen die Frage nach einem Abriss des Gebäudes niemals gestellt werden würde. Die haben damals den B-Plan errichtet in der sicheren Annahme, die städtebauliche Anordnung auf dem Quartier steht fest, dieses Haus wird im Zustand saniert. Aber Sie haben gemerkt: Politik hat die andere Einschätzung von Verwaltung knochenhart korrigiert. Wir haben auf einen Schlag die Limitierung auf die sieben Geschosse bekommen. Mit folgender Konsequenz, dass der Stadtrat sagt: Verwaltung, verhandle mit dem Investor, minimiere den Schaden, aber wir sind nicht bereit, städtebauliche Sünden dann auch noch hinzunehmen.

Zu der Frage, dass Sie, Herr Fiedler, in der Presse keine bissige Karikatur nach dem Archiveinsturz gefunden haben: Ich glaube, der Waidmarkt hat diese Stadt in ihrer Integrität in einem Maße getroffen, wie wir es uns nicht vorgestellt haben. Wir leben mit dem Klügel-Image, das haben die verschiedenen Skandale gezeigt. Aber dass wir weltweit es zulassen mussten, dass ein U-Bahn-Projekt, das in anderen Städten Deutschlands funktioniert, das in Europa und weltweit in anderen Städten funktioniert, dass wir es offensichtlich nicht beherrschen, solche Risiken präventiv auszuschließen, das hat unser Ansehen international und damit auch die Integrität von Stadtgesellschaft beschädigt. Und deshalb ist dieser Tiefpunkt erreicht worden. Und deshalb kann da keiner Karikaturen machen. Deshalb – Sie haben das ja gemerkt – zieht die Presse inzwischen ganz andere Seiten auf. Sie merken das ja an den Diskussionen um die Themen von „Mut zu Kultur“ oder bei anstehenden Entscheidungen. Ein letztes noch zu Frau Prof. Kier: Sie haben Recht, dass wir den Denkmalschutz beim Schauspielhaus falsch beurteilt haben. Wir sind davon ausgegangen, dass Prof. Mainzer in der Jury sitzend, so wie ich das verstanden habe, bei einem einstimmigen Votum der Jury diese Frage möglicherweise hätte mit beantworten können, allerdings gebe ich Ihnen sofort Recht, wohl wissend, dass es für die Entlassung aus dem Denkmalverzeichnis eines eigenen Verfahrens bedurft hätte. Da haben wir auch lernen müssen. Was die Fachhochschule betrifft, gehe ich den denkmalrechtlichen Fragen noch einmal nach. Aber ich denke, wir sind in den ganzen Fragen sensibler geworden als vor diesen Sachen.

Jochen Bäumel:

Was ich als quasi Außenstehender gelernt habe, als Nicht-Kölner, muss ich sagen: rechts von mir (Guido Kahlen) sitzt der gute Wille, aber zu glauben, dass der schon überall durchgesetzt wäre in der Verwaltung, das haben mir die Debatte und die Beiträge aus dem Publikum gezeigt, dem ist wohl nicht so, da besteht erheblicher Nachholbedarf. Und ich kann Ihnen nur einen generellen Rat geben: Versuchen Sie möglichst viel Öffentlichkeit herzustellen. Vernetzen Sie sich im Internet. Über das Internet gibt es große Möglichkeiten, Basis und Kontakte zu schaffen. Dann werden Sie auch stärker von der Presse wahrgenommen werden. Ich weiß nicht, warum heute kein Fernsehen da ist. Ich habe auch keinen Hörfunk gesehen. Da besteht erheblicher Nachholbedarf. Das könnten Sie mit viel Mut und viel Einsatz verändern.

Zu den städtebaulichen Verträgen wollte ich noch etwas sagen. Warum werden die nicht öffentlich gemacht? Das ist leider in ganz Deutschland ein Problem. Aber dahinter stecken ja keine Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, sondern da ist die Möglichkeit zu Mäuscheln und nicht offen zu legen gegeben. Und jede Stadt kann für sich entscheiden, wie sie an diesem Punkt verfahren will. Sie können diese Verträge offen legen und das wäre ein erster Schritt.

Was sie außerdem machen könnten, wäre eine formalisierte Bürgerbeteiligung bei den Bebauungsplänen, bei den Bauleitplänen. (Einwurf: die gibt es) Ja, die gibt es, aber wir haben auch gehört, wie es läuft, in Berlin ist das genau so: Da ist der Großinvestor da und der hat ein Interesse, dann kommt die offizielle Bürgerbeteiligung und dann gibt es Einsprüche noch und noch, und was kommt dann raus dabei? Es wird genau das gemacht, was der Investor gewollt hat, und dann kommen Sie nur weiter, wenn Sie vor das OVG gehen. Dann wird es teuer, und die Stadt geht lieber diesen Weg, weil sie es möglicherweise als den leichteren Weg ansieht, man muss ihn ja nicht bezahlen, zahlt ja der Steuerzahler. Das könnten Sie aber ändern, wenn Sie einen Schlichter, einen offiziellen Schlichter bei solchen Bürgeranhörungen einsetzen würden, der auch dafür sorgen kann, dass die Argumente beherzigt und umgesetzt werden und nicht bloß unter den Tisch fallen.

Jörg Jung:

Wir haben in Köln eine wirkliche Chance für einen Paradigmenwechsel. Herr Kahlen, Sie haben das vorhin beschrieben, wir haben eine historische Situation mit dem Einsturz des Archivs vor zwei Jahren, die so dramatisch ist, dass viele bereit sind, wenigstens zu erkennen, dass es so nicht weitergehen kann. Wir haben gestern die Erfahrung gemacht, dass sich Bürgerwille tatsächlich durchsetzen kann und dass er sogar als der Sinnvollere von allen Beteiligten anerkannt wird.

Wir haben aber an ganz vielen Punkten gesehen, dass wir nach wie vor die Probleme mit diesen Grauzonenbereichen haben. Das hat schlicht etwas mit den alten Vorstellungen zu tun, dass das Machtverhältnis von Verwaltung Richtung Bürger geht und nicht umgekehrt. Und wir müssen es wirklich ernst nehmen, dass die Bürger diejenigen sind, die im Grunde genommen die Stadt sind. Und deshalb ist es auch gar nicht die Frage, ob wir ein gemeinsames Haus bauen, in dem wir diskutieren, sondern es geht darum, dass wir die Arbeit in den Bezirken sehr viel ernster nehmen. Denn die Bezirke sind die Keimzellen des demokratischen Prozesses. Da kennen wir noch die Politiker, da reden wir mit denen, da ist der direkte Umsatz bürgerschaftlichen Interesses in eine parlamentarische Disposition gegeben. Wie kann es sein, wenn ich in einem Ausschuss des Rates sitze, dass ich dort höre ‚ach ja, was die Bezirke sagen, komm, das kippen wir‘. Und das ist eine Frage der politischen Kultur. So darf darüber nicht nachgedacht werden. Wie kann es sein, dass ein Dezernent, wenn Anregungen gegeben werden, sagt ‚ach, das ist Lyrik, das interessiert mich nicht‘. Bis hin zu Entscheidungen des Rates bzgl. Müngersdorf, Herriger Gasse, da geht es um eine Erhaltungssatzung, um eine Zielsetzung, die der Rat selbst getroffen hat. Was ist die Antwort der Verwaltung? ‚Das ist Lyrik, das braucht uns nicht zu interessieren‘. Dieses Denken ist völlig falsch und pervers und wir müssen so was ernst nehmen.

Und Herr Kahlen, weil ich mit Ihnen eine positive Erfahrung gemacht habe und Ihnen diesen Wunsch ernsthaft abnehme, etwas zu ändern, bitte ich Sie um Folgendes. Wenn Sie diese Bereitschaft zum Paradigmenwechsel wirklich ernst nehmen, Sie haben eine symbolische Chance im Umgang mit dem Godorfer Hafen. Und es macht überhaupt keinen Sinn, eine solche Art der Bürgerbeteiligung gegen die dortige Initiative zu machen. Wenn sich die Initiative vor Ort nicht daran beteiligt, dann bitte ich Sie, Herr Kahlen, die Chance zu nutzen, sich mit dieser Initiative zusammen zu setzen, um diesem Prozess einen wirklich positiven paradigmatischen Wechsel zu geben, denn Köln kann anders als jede andere Stadt beweisen, dass ein „Stuttgart 21“ funktionieren kann und dass wir alle Bürger beteiligen können. Unser „Stuttgart 21“ hat im Bereich Schauspielhaus funktioniert und als Befragungselement, als Diskurskultur können wir das am Godorfer Hafen ausweisen.

Sie sind ja bereit, neue Versuche zu machen, neue Befragungen, Internetbefragungen; das sind ja hoch innovative Gedanken. Nutzen Sie die Chance, ihre Kreativität an diesem Punkt wirksam für die gesamte bundesrepublikanische Demokratiekultur vorzustellen, weil es in allen anderen Städten auch passiert. Aber das können Sie nicht gegen die Stimmen der Bürgerinitiative machen. Bitte vertun Sie diese Chance nicht, denn es ist eine Riesenchance für uns.

Markus Thiel:

Die Zurückhaltung von Machthabern gegenüber den Bürgern und ihren Interessen hat eine lange Tradition. Heinrich Heine hat vom Volk als „großem Lämmel“ gesprochen. Ich sehe aber in Köln auch recht gute Ansätze, die davon abweichen und die Bürger ernster nehmen. Ich meine aber, das reicht noch nicht. Wir müssen die Bürger auf einer sehr viel früheren Ebene einbeziehen. Sie haben es gesagt, Herr

Kahlen, da stimme ich Ihnen auch zu, und auch Ihnen, Herr Jung, wenn Sie sagen, das wir die Bürger bereits auf der niedrigsten Ebene, vor Ort, in den Bezirken einbeziehen müssen. Wir haben das in anderen Ländern, z.B. gibt es in Rheinland-Pfalz die Verbandsgemeindenstruktur. Auch da ist es wichtig, dass in den Ortsgemeinden angesetzt wird für die Bürgerbeteiligung, dass man hier die Transparenz, die Identifikation und die bürgerliche Bereitschaft zum Mitreden aktivieren kann. Da ist die Verwaltung dann nicht mehr in erster Linie Gesetzesvollzug, sondern bedarf einer stärkeren Rückbindung an den Bürger.

Noch kurz zu dem Begriff der „Kundenorientierung“. Ich halte den für etwas schief. Das kann man machen, das kann man definieren, wenn man im Rathaus einen Führerschein abholt oder einen Personalausweis. Ich glaube, wir brauchen in der Verwaltung eine andere Vorstellung vom Bürger. Nicht die vom Kunden, sondern die vom aktiven Bürger, der alles mitgestalten will. Das muss auch Vorrang haben vor der Beschleunigung von Verwaltungsverfahren, denn in einer komplexer werdenden Welt muss man nicht immer alles besonders schnell machen, sondern man muss es sorgfältig machen.

Man muss auch nicht immer alles nur vereinfachen. Ich weiß, dass es da Vorgaben gibt, z. B. von der Landesebene. Albert Einstein hat mal gesagt, ‚Man muss alles so einfach wie möglich machen, aber nicht einfacher‘. Da sollten wir uns dran halten.

Und das Dritte muss man leider auch sagen. Ich weiß, wie intensiv der „Goldene Zügel“ auf kommunaler Ebene ist, aber wir müssen auch der Bürgerbeteiligung den Vorrang geben vor ökonomischen Belangen. Selbstverwaltung ist teuer. Sie ist immer teurer als eine zentrale Struktur. Und wenn wir uns Selbstverwaltung leisten wollen, eine dezentrale Aufgabenerfüllung vor Ort, dann muss man eben dort auch das entsprechende Geld in die Hand nehmen.

All diese Anregungen führen dazu, dass man ein neues Verständnis von Bürger braucht. Man braucht ein neues Verständnis aber auch von Kommunalpolitikern im Rat. Man muss sehen, dass man hier diese parteipolitischen Interessen zurückdrängt, dieses Taktieren, die Tatsache, dass der Wahlkampf eigentlich das ganze Jahr über dauert. Ich weiß nicht, wie man das machen kann. Ich glaube aber, dass das dazu beitragen könnte, dass viele Bürger auch dazu bereit wären, sich im Gemeinderat, im Stadtrat zu engagieren und in der Sache zu arbeiten.

Wir brauchen dafür auch rechtliche Rahmenbedingungen. Man kann das nicht alles in der Grauzone machen. Da muss natürlich vieles auch vom Landesgesetzgeber kommen, aber die Anregungen dafür, die müssen aus den Kommunalverwaltungen kommen.

Sie haben ganz zu Beginn das kölsche Grundgesetz zitiert. Da gibt es auch noch einen weiteren Spruch: Nix bliev, wie et es. Und ich glaube, das ist manchmal auch gut so.

Die Veranstaltung wurde von der „Konejung Stiftung: Kultur“ und von der „Ausbildungsstiftung für Rechts- und Gesellschaftswissenschaften“ der Universität zu Köln unterstützt.

Sie wurde von Frank Möller und Dr. Joachim Weiner von der „Gesellschaft für interdisziplinäre Praxis“ moderiert.

KÖLN KANN AUCH ANDERS erstellt in unregelmäßigen Abständen Dossiers zu Fragen der Stadtpolitik und zur Entwicklung städtischer Einrichtungen und Verwaltungen.

Zielgruppe der Dossiers sind Medienvertreter/innen und Multiplikator/innen innerhalb und außerhalb Kölns. Ihnen möchte KÖLN KANN AUCH ANDERS Hintergrundmaterial für eine fundierte und kritische Berichterstattung über wesentliche Aspekte der Entwicklung Kölns zur Verfügung stellen und sie dazu ausdrücklich ermuntern.

So sollen gleichermaßen Langzeitbeobachtungen von Entwicklungsprozessen wie auch die kritische Begleitung der Arbeit des Leitungspersonals städtischer Einrichtungen und Behörden gefördert werden. Aus Sicht von KÖLN KANN AUCH ANDERS ein unerlässlicher Beitrag zur demokratischen Kontrolle und langfristigen Sanierung der politischen Kultur Kölns.

Die Dossiers werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt und auf der Homepage www.koelnkannauchanders.de zeitnah freigeschaltet.

Bislang sind erschienen:

Dossier 1:

„1514 antwortet nicht mehr. Eine Geschichte von Verlust, Verantwortung und vom Nutzen eines Archivs“ (2010)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/1514_antwortet_nicht_mehr.pdf

Dossier 2:

„Zur Zukunft von Stadtmuseum und Stadtarchiv in Köln. Eine kritische Zwischenbilanz“ (2010)

http://www.koelnkannauchanders.de/content/pdf/Dossier_Stadtarchiv_und_Stadtmuseum_Koeln.pdf

Dossier 3:

„Kann Köln auch anders? Der Zustand der politischen Kultur zwei Jahre nach dem Archiveinsturz“ (März 2011)

